

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/128: 27.10.1954 – 28.06.1955

27.10.1954

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1954) berichtet am 27. Oktober 1954 über die Sowjetzonenflüchtlinge: >>Wer flieht, ist schuld

Das Landesverwaltungsgericht in Köln und der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn haben in zwei Entscheidungen kundgetan, was Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone im freien Westen alles passieren kann. Der Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes hat sich dabei als eine scharfe Waffe gegen Zonenflüchtlinge erwiesen.

Paragraph 3: Sowjetzonenflüchtling:

(1) Sowjetzonenflüchtling ist ein deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger, der seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Eine besondere Zwangslage ist vor allem dann gegeben, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit vorgelegen hat. Wirtschaftliche Gründe allein rechtfertigen nicht die Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling.

Das Landesverwaltungsgericht Köln hatte über den Antrag eines Sowjetzonenflüchtlings zu entscheiden, der als solcher anerkannt werden und damit in den Genuß einschlägiger Hilfen kommen wollte. Das Gericht urteilte:

"... Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist nur derjenige Sowjetzonenflüchtling, der flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen. Der Kläger hat aber als Angehöriger der LDP - einer Regierungspartei der Ostzone - die dortigen Zustände selbst zu vertreten. Er trägt mit seinen Gesinnungsgenossen die Verantwortung dafür, daß die Zustände in der Sowjetzone so sind, wie sie gegenwärtig sind."

"Nur dadurch, daß die sogenannten bürgerlichen Parteien der sowjetischen Besatzungszone die sogenannte Blockpolitik der SED mitmachen, konnte die Diktatur der SED aufgerichtet und aufrechterhalten werden. Nur auf diese Weise konnte dem In- und Ausland vorgetäuscht werden, daß das Sowjetzonenregime ein demokratisches Regierungssystem sei ... Das haben die Anhänger dieser Parteien zu vertreten ... Von einer durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage (für die Flucht des Klägers aus der Sowjetzone) kann nicht gesprochen werden ..."

Der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn entschied in einem anderen Fall unter dem Aktenzeichen A. Z. 445/21: "... Die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling kann weder bei Ihnen noch bei Ihrer Frau anerkannt werden. Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist Sowjetzonenflüchtling, wer seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone hatte und

von dort fliehen mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat."

"Wie Sie in Ihrem Antrag angeben, haben Sie Informationen über die russische Besatzungsmacht an eine westliche Besatzungsmacht weitergegeben. Diese von Ihnen ausgeübte Tätigkeit wird in jedem Rechtsstaat verfolgt und ist somit mit der Bestimmung des Paragraphen 3, daß als Sowjetzonenflüchtling u.a. nur anerkannt werden kann, wer nicht gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstößt, nicht in Einklang zu bringen. Das Verlassen der sowjetischen Besatzungszone ist daher von Ihnen selbst zu vertreten. Aus diesen Gründen kann die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling nicht anerkannt werden ..."

Nach diesen beiden Entscheidungen dürfte kein Bewohner der Sowjetzone es wagen, nach dem Westen zu fliehen,

- wenn er in der DDR einer politischen Partei angehört hat.

- wenn er in der Sowjetzone aktiv für eine westliche Besatzungsmacht - etwa über den Gehlendienst - gearbeitet hat.

Ein parlamentarisches Nachspiel ist zu erwarten.<<

31.10.1954

DDR: Das sowjetische Militärtribunal übergibt am 31. Oktober 1954 alle verurteilten deutschen Häftlinge an die DDR-Behörden.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später (x009/398): >>Im Oktober 1954 teilte der sowjetische Hohe Kommissar dem sowjetzonalen Ministerrat mit, daß alle seit 1945 von dem sowjetischen Militärtribunal verurteilten Deutschen, die zur Zeit ihre Strafe in einer in der SBZ gelegenen Strafanstalt verbüßen, in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergeben würden.

Damit war die Entscheidungsbefugnis über Begnadigung und Haftentlassung dieser Verurteilten auf die hierfür zuständigen Organe der SBZ übertragen worden.<<

01.11.1954

UdSSR: Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) ermahnt am 1. November 1954 die osteuropäischen Regierungen, nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" der Kirchen zu führen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/214-215): >>Die Lage der Kirchen wird entscheidend mitbestimmt durch die kirchenpolitische Entwicklung von 40 Jahren in der Sowjetunion und durch die unterschiedliche Religionspolitik in den Satellitenländern.

In den ersten Etappen der rücksichtslosen Kirchenverfolgung von 1917-1939 trat der Bolschewismus als Antikirche mit dem Ausschließlichkeitsanspruch des Dialektischen Materialismus auf. Gottlosigkeit wurde als Grundsatz gefordert. Auslöschung der Kirche war das Ziel. Es kam zwischen 1925 (Gründung des Bundes der Gottlosen) und 1932 zu Massenausritten.

Aber die orthodoxe Kirche überlebte und blieb. Die Sowjetregierung erkannte schon beim Tode des Patriarchen, daß ihre Bemühungen und die völlige Ausmerzungen des Christentums vergeblich waren. Sie änderte die Methode, ohne das Ziel aufzugeben, indem sie die Kirche zwang, die Tatsache der Verfolgung formell abzuleugnen und das "Martyrium der Lüge" dem Leben der Kirche zuliebe auf sich zu nehmen; die Anzahl der Gläubigen jedoch, die ohne Anklage gegen die Kirche das Martyrium der Wahrheit auf sich nahmen, blieb groß genug zur Wachhaltung des Gewissens. Während des Krieges schließlich wurde die Kirche "anerkannt" und gleichgeschaltet.

In der SBZ war die Ausgangslage eine wesentlich andere. Es gab im Deutschland von 1945

nicht wie in Rußland von 1917 ein Staatsoberhaupt, dem (laut § 64 der alten russischen Verfassung) der Titel "Beschützer der Dogmen des ... Glaubens und Aufseher der Rechtgläubigkeit" zuerkannt war. Die Kirchen in Deutschland hatten schon während des "Dritten Reiches" unter einer christentumsfeindlichen Diktatur leiden müssen.

Die SED zog darum für die Bekämpfung der Kirchen ihre Nutzanwendungen aus den veränderten Methoden in der Sowjetunion und aus den Erfahrungen in den Satellitenländern, wo Schauprozesse und Liquidierungen das System selber diskreditiert hatten.

Die SED-Regierung hoffte, ohne Verzicht auf gelegentliche Schockaktionen, das Kirchenvolk langsam der Kirche entfremden zu können.

Erfahrungen im nationalkirchlichen und Spaltungsexperimenten wurden mit Prag und Warschau ausgetauscht. Immer wenn eine Verschärfung des politischen Kurses in der Zone vorbereitet wurde, ging eine osteuropäische Konferenz "fortschrittlicher Christen" oder eine "Friedenstagung" mit christlichen Sprechern voraus.

Chruschtschows Mahnung vom 1.11.1954, die Gefühle der Gläubigen zu schonen, die Dilettanten auszuschalten und nur noch einen ideologischen Kampf gegen die "unwissenschaftliche religiöse Weltanschauung" zu führen, brachte für die Zone keine Erleichterung; vielmehr ging der Hauptkampf in Schulen, Parteischulen, Presse und Rundfunk weiter.

Beide Kirchen stehen unter starkem und unablässigem Druck des kommunistischen Regimes; ihre Probleme sind die gleichen. Planmäßig wird versucht, die unabhängige Existenz der Kirchen auszuschalten. Wohlfahrts-, soziale und medizinische Einrichtungen werden stark beschränkt oder völlig unterdrückt. Staatliche Zuwendungen werden gekürzt oder gestrichen. Besitz wird enteignet.

Seit 1952 richtet sich der Angriff nicht nur gegen die Kirche, den Gottesdienst und die sakramentalen Riten, sondern besonders gegen die Geistlichkeit. Die Anschuldigungen konzentrierten sich auf angebliche Vergehen gegen strafgesetzliche Bestimmungen der "DDR" mit dem Ziel, die Gemeindeglieder von einer engeren Verbindung mit der Geistlichkeit abzuhalten und ein Gefühl der Gefährdung unter der Jugend zu schaffen.

Die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse übernahm von der fast gleichnamigen sowjetischen Organisation Kampfschriften von niedrigem Niveau (z.B. ... "Der religiöse Aberglaube und seine Schädlichkeit"), die in großen Auflagen verbreitet wurden. Vortragszyklen an Hand des Buches "Weltall, Erde, Mensch" wurden mit der Tendenz der Verächtlichmachung des Glaubens zur Vorbereitung der Jugendweihe veranstaltet. ...

Der wachsende Widerstand gegen die Jugendweihe wurde mit öffentlicher Beschimpfung der Pfarrer und mit Gesinnungsterror gegenüber den Eltern beantwortet. ...<<

04.11.1954

Norwegen: Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo erinnert Albert Schweitzer (1875-1965, von 1913-65 Missionsarzt in Lambarene/Gabun) am 4. November 1954 an das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x035/336): >>... In schlimmster Weise vergeht man sich gegen das Recht des geschichtlichen Gegebenen und überhaupt gegen jedes menschliche Recht, wenn man Völkern das Recht auf das Land, das sie bewohnen, in der Art nimmt, daß man sie zwingt, sich anderswo anzusiedeln.

Daß sich die Siegermächte am Ende des Zweiten Weltkrieges dazu entschlossen, vielen hunderttausend Menschen dieses Schicksal, und dazu noch in härtester Weise, aufzuerlegen, läßt erlauben, wie wenig sie sich der ihnen gestellten Aufgabe einer gedeihlichen und einigermaßen gerechten Neuordnung der Dinge bewußt wurden.<<

13.11.1954

DDR: Die SED-Regierung veröffentlicht am 13. November 1954 einen Aufruf zur Einführung der Jugendweihe.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugendweihe" in

der SBZ (x009/202-203): >>Pseudosakraler, atheistischer Festakt, mit dem alle Jugendlichen beim Verlassen der Schule in das "aktive gesellschaftliche Leben" aufgenommen werden sollen.

Der Akt wird durch Jugendstunden vorbereitet, in denen die Jugendlichen in die vulgär-materialistische Weltanschauung des Bolschewismus eingeführt werden. Ihr Themenplan stützt sich vorwiegend auf sowjetische Literatur; aus ihm und aus den Anweisungen für die Leiter geht der atheistische Charakter der Jugendstunden eindeutig hervor.

Bei der Jugendweihe verpflichten die Jugendlichen sich durch ein förmliches Gelöbnis, "ihre ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen" und "mit dem Sowjetvolk ... den Frieden zu sichern und zu verteidigen".

Die Veranstaltungen werden von Ausschüssen getragen, in denen die SED vorherrscht ... Die Jugendweihe soll freiwillig und mit den Kirchenpflichten (Konfirmation, Kommunion) vereinbar sein.

Tatsächlich verstehen maßgebliche sowjetische Kommentare die Jugendweihe als eine Verpflichtung auf die materialistische Weltanschauung und den Atheismus, und die Teilnahme aller Kinder an den Jugendstunden und der Jugendweihe wird durch massiven Druck (vor allem über die Volksabteilung der Räte) erzwungen. ... Eine Anweisung des Bezirksrates Potsdam bezeichnet die Jugendweihe 1958 als "ein bedeutendes Instrument der politischen Massenarbeit".

Im Sinne der seit 1957 unverkennbaren Tendenz, das Weltanschauungsmonopol des kommunistisch geführten Regimes durchzusetzen ("es gibt keine ideologische Koexistenz"), sollen die kirchliche Feste und Amtshandlungen durch pseudosakrale Staatsakte ersetzt und verdrängt werden.

1959 sollen 80,4 % der Schüler der 8. Klasse an 3.600 Jugendweihe-Feiern teilgenommen haben. Seit 1956 wird die Jugendweihe in das Familienstammbuch eingetragen.<<

Das Gelöbnis zur Jugendweihe lautet wie folgt (x296/209 L):

>>Frage: Liebe junge Freunde!

Seid ihr bereit als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter- und Bauernstaates für ein glückliches Leben des ganzen deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen, so antwortet mir!

Antwort: Ja, das geloben wir!

Frage: Seid ihr bereit, mit uns gemeinsam eure ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen, so antwortet mir!

Antwort: Ja, das geloben wir!

Frage: Seid ihr bereit für die Freundschaft der Völker einzutreten und mit dem Sowjetvolk und allen friedliebenden Menschen der Welt den Frieden zu sichern und zu verteidigen, so antwortet mir!

Antwort: Ja, das geloben wir!

Wir haben euer Gelöbnis vernommen, ihr habt euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Ihr habt euch eingereiht in die Millionenschar der Menschen, die für Frieden und Sozialismus arbeiten und kämpfen.

Feierlich nehmen wir euch in die Gemeinschaft aller Werktätigen in unserer Deutschen Demokratischen Republik auf und versprechen euch Unterstützung, Schutz und Hilfe.

Gemeinsam mit vereinten Kräften – vorwärts!<<

29.12.1954

CSR: Bei einer Konferenz (29. bis 31.12.1954) in Prag vereinbaren die CSR, Polen und die DDR den gemeinsamen Schutz ihrer Staatsgrenzen.

1954

DDR: Im Jahre 1954 fliehen 184.198 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: Die Geheimorganisation der sog. "Bilderberger" (Hauptziele: Weltstaat, Weltarmee,

Weltregierung) wird im Jahre 1954 durch Prinz Bernhard der Niederlande im Hotel de Bilderberg in Oosterbeek/Niederlande gegründet. Ein internationales Beratungskomitee entscheidet, wer zu dem jährlichen Treffen der "unsichtbare Weltregierung" eingeladen wird.

Bekannte Teilnehmer (Bilderberger) von A-Z:

Abs, Hermann Josef (1901-1994, deutscher Bankier, 1938-45 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG, 1957-67 Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG).

Agnelli, Giovanni (1921-2003, italienischer Industrieller, geschäftsführender Gesellschafter des Fiat-Kraftfahrzeugunternehmens).

Bahr, Egon (1922-2015, deutscher SPD-Politiker, Mitgestalter der Neukonzeption der deutschen Ostpolitik "Wandel durch Annäherung", 1976-91 Präsidiumsmitglied der SPD, 1984-94 Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik).

Barzel, Rainer (1924-2006, deutscher Jurist und CDU-Politiker, 1962-63 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1971-73 Vorsitzender der CDU, unterlag 1972 als Kanzlerkandidat beim konstruktiven Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt; 1983-84 Bundestagspräsident).

Beitz, Berthold (1913-2013, deutscher Industrieller, 1953-67 Generalbevollmächtigter des Krupp-Konzerns, 1970-89 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Friedrich Krupp GmbH, 1967-2013 Vorsitzender des Kuratoriums der Alfried-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Stiftung).

Biedenkopf, Kurt (*1930-, deutscher CDU-Politiker, 1973-77 Generalsekretär der CDU, von Oktober 1990 bis zum vorzeitigen Rücktritt im April 2002 Ministerpräsident in Sachsen).

Brandt, Willy, eigentlich Herbert Ernst Karl Frahm (1913-1992, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, bildete 1969 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP, verfolgte in der Ostpolitik den umstrittenen "Wandel durch Annäherung", unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag", das US-Magazin "TIME" wählte ihn im Jahre 1970 zur "Person des Jahres", erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Brzezinski, Zbigniew (1928-2017, amerikanischer Politikwissenschaftler, von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter).

Bush, George Herbert Walker (1924-2018, amerikanischer Politiker der republikanischen Partei, 1971-73 Botschafter bei der UNO, 1976-77 CIA-Direktor, 1981-89 US-Vizepräsident; 1989-93 der 41. Präsident der USA).

Carrington, Peter Alexander Rupert, 6. Baron (1919-2018, britischer Politiker, Konservative Partei, 1970-74 Verteidigungsminister, 1979-82 als Außenminister wesentlich an der Lösung des Rhodesienkonflikts beteiligt, 1984-88 Generalsekretär der NATO).

Carstens, Karl (1914-1992, deutscher Jurist und CDU-Politiker, 1979-84 Bundespräsident).

Clinton, William (Bill) Jefferson (*1946-, amerikanischer Jurist und Politiker der demokratischen Partei, 1979-81 und 1983-93 Gouverneur von Arkansas, 1993-2001 der 42. Präsident der USA).

Dahrendorf, Ralf (1929-2009, britischer Soziologe und Politiker, 1970-74 EG-Kommissar, 1974-84 Leiter der London School of Economics, 1988-97 Rektor am Saint Anthony's College in Oxford; bedeutender Vertreter der liberalen Gesellschafts- und Staatsidee).

Dohnanyi, Klaus von (*1928-, deutscher SPD-Politiker, 1972-74 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1976-81 Staatsminister im Bundesaußenministerium, 1981-88 Erster Bürgermeister von Hamburg).

Dulles, Allen (1893-1969, amerikanischer Politiker, 1953-61 CIA-Direktor und Mitglied der Warren-Kommission, als CIA-Direktor maßgeblich an den Umstürzen im Iran und in Guatemala beteiligt).

Engholm, Björn (*1939-, deutscher Politiker der SPD, 1981-82 Bundesminister für Ernäh-

rung, Landwirtschaft und Forsten, 1988-93, Ministerpräsident in Schleswig-Holstein).

Erhard, Ludwig (1897-1977, deutscher CDU-Politiker, 1949-63 Wirtschaftsminister, Verfechter der sozialen Marktwirtschaft, seit 1957 Vizekanzler, 1963-66 Bundeskanzler, 1966-67 Bundesvorsitzender, seitdem Ehrenvorsitzender der CDU).

Erler, Fritz (1913-1967, deutscher SPD-Politiker, 1939-45 in NS-Haft, seit 1964 Stellvertreter Vorsitzender der SPD, Fraktionsvorsitzender im Bundestag).

González Márquez, Felipe (1942-, spanischer Politiker, Sozialistische Partei, 1974-97 Generalsekretär des Partido Socialista Obrero Español (PSOE); 1982-96 Ministerpräsident).

© 2006 F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig

Hallstein, Walter (1901-1982, deutscher Politiker, 1958-67 Präsident der Kommission der EWG, nach der Hallstein-Doktrin brach die Bundesrepublik Deutschland ab 1955 die diplomatischen Beziehungen mit jenen Staaten ab, die die DDR anerkannten, die Hallstein-Doktrin wurde 1973 mit dem Abschluß des Grundvertrages aufgegeben).

Herrhausen, Alfred (1930-1989, deutscher Bankfachmann, seit 1971 Vorstandsmitglied und später Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, wurde bei einem Sprengstoffattentat der RAF ermordet).

Kiesinger, Kurt Georg (1904-1988, deutscher Jurist und CDU-Politiker, 1966-69 Bundeskanzler; 1967-71 Bundesvorsitzender der CDU).

Kissinger, Henry Alfred (*1923-, amerikanischer Politiker, 1973-77 US-Außenminister, erhielt 1973 für seine Bemühungen um den Waffenstillstand in Vietnam den Friedensnobelpreis).

Kohl, Helmut (1930-2017, deutscher CDU-Politiker, 1969-1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, 1973-1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1976-2002 Mitglied des Bundestages, 1982-1998 Bundeskanzler, setzte sich 1989/90 für die zügige Verwirklichung der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein: lehnte während der deutsch-sowjetischen Verhandlungen im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte die französische Forderung, die deutsche DM-Währung abzuschaffen, erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, 1999/2000 Mittelpunkt einer Finanz- und Parteispendenaffäre, im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt).

Kopper, Hilmar (*1935-, deutscher Bankmanager, 1989-97 Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, 1998-2007 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Daimler-Chrysler AG).

Lambsdorff, Otto Graf (1926-2009, deutscher FDP-Politiker, 1977-84 Bundeswirtschaftsminister, 1988-93 Vorsitzender der FDP).

Leisler Kiep, Walther (1926-2016, deutscher CDU-Politiker, 1971-1992 Schatzmeister der CDU).

Löwenthal, Richard (1908-1991, deutscher Journalist und Politikwissenschaftler, emigrierte 1935 nach London, seit 1945 als Journalist tätig, arbeitete später in der Grundwertekommission der SPD).

Luns, Joseph (1911-2002, niederländischer Jurist und Politiker, 1956-71 Außenminister, förderte die europäische Integration, 1971-84 Generalsekretär der NATO).

Martens, Wilfried (1936-2013, belgischer Politiker, 1972-79 Vorsitzender der flämischen Christlichen Volkspartei (CVP), 1979 bis April 1981 und Dezember 1981-92 Ministerpräsident, 1990-99 Präsident der Europäischen Volkspartei).

McNamara, Robert Strange (1916-2009, amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, 1961-68 Verteidigungsminister der USA, 1968-81 Präsident der Weltbank, veröffentlichte 1995 sein kontroverses Buch "Vietnam. Das Trauma einer Weltmacht").

Merkel, Angela (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-

1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend; 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit dem 22. November 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

Monnet, Jean (1888-1979, französischer Unternehmer und Politiker, koordinierte während des Ersten Weltkrieges maßgeblich die Kriegsmateriallieferungen der westlichen Alliierten, 1919 Mitglied der französischen Delegation in Versailles, von 1919 bis 1923 stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, danach in führenden Stellungen bei US-Banken tätig, Gründer einer US-Investmentbank, die auch Geschäftsbeziehungen mit Hitler und der NSDAP unterhielt, beschäftigte sich seit 1938 mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Zweiten Weltkrieg, koordinierte während des Zweiten Weltkrieges ab 1940 in den USA die Kriegsmateriallieferungen der westlichen Alliierten, erstellte nach dem Zweiten Weltkrieg den sog. "Schumann-Plan", von 1952 bis 1955 erster Präsident der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, gründete 1955 mit US-Unterstützung das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", wurde später "Vater eines vereinten Europa" genannt).

Müller-Armack, Alfred (1901-1978, deutscher Volkswirtschaftler und Soziologe, prägte den Begriff soziale Marktwirtschaft, veröffentlichte 1960 "Studien zur sozialen Marktwirtschaft").

Palme, Olof (1927-1986, schwedischer Jurist und Politiker, 1969-76 und 1982-86 sozialdemokratischer Ministerpräsident, 1986 ermordet).

Pöhl, Karl-Otto (1929-2014, deutscher Volkswirtschaftler, 1980-91 Präsident der Deutschen Bundesbank).

Ponto, Jürgen (1923-1977, deutscher Jurist und Bankier, seit 1969 Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG, 1977 von RAF-Terroristen ermordet).

Rockefeller, David (1915-2017, amerikanischer Bankier und Politiker, gründete im Jahre 1973 mit Zbigniew Brzezinski und anderen die Geheimorganisation "Trilaterale Kommission").

Rothschild, Edmund Leopold de (1916-2009, britischer Bankier, Mitglied der prominenten englischen Rothschild-Dynastie).

Rühe, Volker (*1942-, deutscher CDU-Politiker), 1989-92 Generalsekretär der CDU, 1992-98 Bundesminister für Verteidigung).

Scheel, Walter (1919-2016, deutscher FDP-Politiker, 1961-66 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968-74 FDP-Vorsitzender, 1969-74 Vizekanzler und Außenminister, 1974-79 Bundespräsident).

Schiller, Karl (1911-1994, deutscher Nationalökonom und SPD-Politiker, 1966-72 Bundesminister für Wirtschaft und 1971-72 für Finanzen).

Schmid, Carlo (1896-1979, deutscher Völkerrechtslehrer, SPD-Politiker, 1948/49 maßgebliches Mitglied des Parlamentarischen Rats, 1949-72 Bundestagsabgeordneter, 1949-66 und 1969-72 Vizepräsident des Bundestags, 1966-69 Bundesminister, setzte sich für die Integration Europas ein).

Schmidt, Helmut (1918-2015, deutscher SPD-Politiker), 1969-72 Bundesverteidigungsminister, 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1972-74 für Finanzen, 1974-82 Bundeskanzler, wurde nach dem Bruch der SPD/FDP-Koalitionsregierung am 1.10.1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt).

Schröder, Gerhard (*1944-, deutscher SPD-Politiker, 1990-98 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1998-2005 Bundeskanzler, 1999-2004 Vorsitzender der SPD).

Speidel, Hans (1897-1984, deutscher Offizier, kämpfte als Leutnant im Ersten Weltkrieg, 1943 als Chef des Generalstabes eines Armeekorps zum Generalleutnant befördert, 1944/45 als Angehöriger der militärischen Widerstandsbewegung in Haft, beteiligte sich in der Nachkriegszeit am Aufbau der Bundeswehr; 1957-63 Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa).

Springer, Axel (1912-1985, deutscher Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, errichtete nach dem Zweiten Weltkrieg in Hamburg, den größten deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverlag: "Bild", "Die Welt", "Hör zu" u.a.).

Stoltenberg, Gerhard (1928-2001, deutscher CDU-Politiker, 1982-89 Bundesfinanzminister, 1989-92 Verteidigungsminister).

Strauß, Franz Josef (1915-1988, deutscher CSU-Politiker, 1945 Mitgründer und seit 1961 Vorsitzender der CSU, 1966-69 u.a. Bundesminister für Finanzen), 1978-88 Ministerpräsident in Bayern; 1980 erfolgloser Kanzlerkandidat der CDU/CSU).

Teufel, Erwin (*1939-, deutscher CDU-Politiker, 1991-2005 Ministerpräsident in Baden-Württemberg).

Tindemans, Leo (1922-2014, belgischer Politiker, 1974-78 Ministerpräsident, 1981-89 Außenminister; 1989-99 Mitglied des Europäischen Parlaments).

Warburg, Eric Moritz (1900-1990, amerikanischer Bankier, Mitglied der prominenten Warburg-Dynastie, 1952 Mitbegründer der Atlantikbrücke und des American Council on Germany).

Wischnewski, Hans-Jürgen (1922-2005, deutscher SPD-Politiker, 1966-68 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1974-79 Staatsminister).

Wolff von Amerongen, Otto (1918-2007, deutscher Industrieller, 1969-88 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages).

Wörner, Manfred (1934-1994, deutscher CDU-Politiker, 1982-88 Bundesverteidigungsminister, 1988-94 Generalsekretär der NATO).

Im Jahre 1954 wird die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben.

Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wird schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.

In der Einleitung der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1" heißt es (x001/I-XI): >>VORWORT

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten ist ein Ereignis, dessen volle geschichtliche Tragweite sich heute noch einem Urteil entzieht.

Mag man es als Schlußakt eines Krieges betrachten, in dem die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Nationen- und Staatenverkehrs tausendfach verletzt und die Vernichtung ganzer Völker nicht nur als Ziel verkündet sondern in der Tat begonnen worden war; oder mag man es als die Endphase eines fast anderthalb Jahrhunderte tobenden immer erbitterten Nationalitätenkampfes in der Völkermischzone Europas ansehen; in jedem Falle lassen uns die geläufigen Maßstäbe der europäischen Geschichte im Stich.

Es belastet die Erinnerung von Millionen, die das Schicksal der Heimatlosigkeit zu tragen haben, und ist darin noch ganz Gegenwart, daß es soziale, bevölkerungsmäßige, politische Bewegungen ausgelöst hat, die noch längst nicht ausgelaufen sind.

Ein solches Phänomen scheint für eine wissenschaftliche Behandlung, die sich nur von unbe-

stechlicher Wahrheitsliebe und nicht von dem Willen zur Anklage oder zur Rechtfertigung leiten läßt, noch kaum zugänglich.

Wenn dieser Versuch hier doch schon unternommen wird - und zwar mit vollem Ernst und im ganzen Wissen um die Schwierigkeit der Aufgabe -, so geschieht dies in der Sorge, Geschehnisse von der furchtbaren Größe der Massenausreibung könnten in Vergessenheit fallen, die abschreckenden und aufrüttelnden Erfahrungen aus dieser europäischen Katastrophe könnten für die Staatsmänner und Politiker, denen ein glücklicheres Europa zu schaffen aufgetragen ist, verloren gehen.

Kaum ein Aktenstück gibt der Nachwelt von den ungeheuerlichen Vorgängen im Osten Europas am Ende des zweiten Weltkriegs authentische Kunde; die Opfer dieser Katastrophe haben keine amtlichen Berichte verfaßt und keinen Dienstweg einhalten können.

Sie würden für die Nachwelt stumm, wenn ihnen nicht Gelegenheit geboten würde, ihre Erlebnisse aus dem Gedächtnis niederzuschreiben oder sie zu Protokoll zu geben. Aus diesen Überlegungen erwuchs der vom Bundesministerium für Vertriebene geförderte Plan, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung durch eine Dokumentation auszufüllen, in der das Schicksal von Tausenden und Millionen seinen Ausdruck finden soll.

Zu diesem Zweck wurde eine Sammelaktion eingeleitet, die für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter der Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, für das Sudetenland von Dr. Wilhelm Turnwald, für Südosteuropa von Professor Dr. Fritz Valjavec durchgeführt wurde.

Die Ziele dieser Sammlung konnten nur dadurch erreicht werden, daß Zeugnisse von Miterlebenden nach einem System gesammelt wurden, das nach gebiets- und bevölkerungsmäßiger Dichte wie nach Ereignisschwerpunkten ein für den Gesamtvorgang der Vertreibung in allen Räumen des Ostens repräsentatives Ergebnis erwarten ließ.

Entscheidend war dabei, ob es gelingen konnte, alle die Menschen zum Sprechen zu bringen, die nicht nur die Erinnerung an ihre Erlebnisse bewahrt hatten, sondern auch das richtige Wort fanden, sie wiederzugeben. Nur selten konnte auf Niederschriften (Briefe, Tagebücher) zurückgegriffen werden, deren Abfassungsdatum mit den Ereignissen selbst zusammenfiel; in den meisten Fällen lagen diese Jahre zurück. Jedoch zeigte sich das Erstaunliche, daß, wo nur immer die Ausdrucksfähigkeit stärker entwickelt war, auch nach diesem längeren Zeitraum noch die Kraft zur Aussage und zur wahrheitsgetreuen Wiedergabe erhalten blieb.

Mögen sich Einzelzüge im Erinnerungsbild verwischt haben, das Wesentliche ging nicht verloren; dazu hatten sich die Erlebnisse in ihrer Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit zu stark eingepreßt. Und eben diese Erfahrung rechtfertigte nach den ersten Versuchen ein Unternehmen, das auf die Sammlung nachträglich verfaßter Erinnerungsberichte gerichtet war.

Es erwies sich dabei, daß an dieses Material eine Reihe methodischer Vorfragen zu stellen war, daß es kritischer Sichtung und einer Einordnung in objektiv gesicherte Zusammenhänge bedurfte. Damit mußte unzweifelhaft wissenschaftliches Neuland betreten werden. So entstand im Bundesministerium für Vertriebene durch die Initiative von Bundesminister Dr. H. Lukaschek und Staatssekretär Dr. O. Schreiber der Gedanke, mit den damit gesetzten Aufgaben eine wissenschaftliche Kommission zu betrauen, der volle Freiheit und Unabhängigkeit des Urteils und der Entscheidung gewährleistet wurde.

Sie wurde im Herbst 1951 aus den Unterzeichneten gebildet, wobei der Erstunterzeichnete, beraten durch die anderen Mitglieder, die Leitung der Arbeiten übernahm. In regelmäßigen Sitzungen sind die Methoden der Arbeit geklärt und alle aus dem eingehenden Material sich ergebenden Fragen besprochen worden.

Da das überwiegend aus Erlebnisberichten und zu einem geringen Teil aus Protokollen, privaten Briefen, Tagbüchern und einigen amtlichen Schriftstücken bestehende Material seinem historischen Quellencharakter nach teilweise erheblich von sonst üblichen historischen Quellen abweicht und bezüglich seiner Zuverlässigkeit zunächst als problematisch gelten mußte,

war ein besonders sorgfältiges, dem eigenartigen Charakter der Quellen angemessenes Verfahren der Überprüfung und Auswahl notwendig, um zur Ermittlung eines sowohl quellenkritisch unanfechtbaren als auch inhaltlich und formal zur Veröffentlichung geeigneten und brauchbaren Bestandes von Dokumenten zu gelangen.

Hierbei ergab sich z.B., daß mit dem Nachweis der Echtheit der Dokumente (Authentifizierung) noch wenig gewonnen war; denn eher als bewußte Fälschungen waren fehlerhafte oder übertreibende Einzelangaben und Unsachlichkeiten zu befürchten, die teils aus Schwächen oder Trugbildern der Erinnerung, teils aus der Leidenschaftlichkeit und Gefühlsbestimmtheit herrühren mochten, von der sich nicht alle Berichterstatter freimachen konnten.

Um alle Erscheinungen einer solchen anfechtbaren Berichterstattung auszuschließen, wurden - soweit dies irgend möglich war - zu den wichtigsten in den Berichten enthaltenen Angaben jeweils Bestätigungen in anderen Berichten nachgesucht und auf diese Weise die Richtigkeit der Angaben durch gegenseitigen Vergleich der Dokumente geprüft.

Dort, wo es sich um die Wiedergabe ganz persönlicher und individueller Erlebnisse oder um sonstige Ereignisse handelte, die sich einer Nachprüfung durch Vergleich mit anderen Dokumenten entzogen, mußte an die Stelle objektiver Verifizierung die Ermittlung der Glaubwürdigkeit treten, die aus bestimmten inneren Indizien ersichtlich ist, wie Sachlichkeit der Ausführungen, innere Widerspruchsfreiheit, Abgewogenheit der Urteile oder andererseits Neigung zur Polemik, zur Übertreibung und Verallgemeinerung oder zur Ausschmückung.

Im Interesse absoluter Sauberkeit bei der Auswahl der zur Veröffentlichung bestimmten Berichte wurden dort, wo nach den Richtlinien des Prüfungsverfahrens nicht in allen Punkten Zuverlässigkeit herrschte, nicht nur die anfechtbaren Stellen sondern prinzipiell jeweils die gesamten Berichte ausgeschieden, da sie auf Grund einzelner Mängel auch in ihren anderen Teilen nicht mehr als voll glaubwürdig gelten konnten.

Nachdem durch die Authentifizierung und Verifizierung alles hinsichtlich der Echtheit und Glaubwürdigkeit anfechtbare Material ausgeschieden war, mußte zur Feststellung der positiven Qualifikation der Dokumente ihre inhaltliche Brauchbarkeit, d.h. ihr Aussagewert und die Wichtigkeit der einzelnen Schilderungen und Angaben für eine historische Erfassung des Vertreibungsvorganges überprüft werden.

Es kam hierbei nicht darauf an, Berichte mit besonderen literarischen Qualitäten herauszufinden, ausschlaggebend war vielmehr die Unmittelbarkeit und Anschaulichkeit der Darstellung. Auch unbeholfene Schilderungen sind deshalb nicht ausgeschieden worden, sofern die Konkretisierung einzelner Begebenheiten und die Deutlichkeit im Ausdruck nicht in Mitleidenschaft gezogen waren.

Da es nicht in der Absicht der Wissenschaftlichen Kommission liegt, einzelne aus dem Zusammenhang herausgeloste Fakten darzustellen oder gar eine Sammlung von Belegen über Ausschreitungen und Greuel zu veröffentlichen, sondern es ihr darum geht, den Gesamtvorgang der Vertreibung in historischer Treue zu erfassen, d.h. in allen seinen zeitlichen Abschnitten, örtlichen Bedingtheiten und der Vielzahl der dabei auftretenden Erscheinungen und Begleitumstände, mußten zunächst alle Berichte als ungeeignet abgewiesen werden, die sich entweder in summarischen Feststellungen erschöpften, durch allzu emotionale Betrachtungen die Wiedergabe der Geschehnisse trübten oder sich auf die isolierte Betrachtung besonders schwerer Übergriffe und Schicksalsschläge beschränkten.

Nur solche Berichte kamen für eine Publizierung in Frage, bei denen konkrete, sich auf Zeit- und Ortsangaben stützende Schilderungen der Erlebnisse vorlagen, die sich möglichst kontinuierlich auf die gesamte Zeit und die wesentlichsten Ereignisse der Vertreibung erstreckten und somit eine wirkliche Wiedergabe des Vertreibungsprozesses darstellten.

Liegt schon ganz allgemein bei der Publikation von historischen Quellenzeugnissen zur modernen Geschichte das eigentliche Problem in ihrer erdrückenden Masse, so wurde dies in be-

sonderer Weise bei dem hier zur Bearbeitung vorliegenden, mehrere Tausende von Berichten zählenden Material spürbar, das durch die Massen der Vertriebenen selbst geliefert worden war und einen Vorgang betrifft, bei dem selbst Massen mit jeweils individuellem Schicksal beteiligt gewesen waren.

So wenig sinnvoll eine Veröffentlichung des gesamten auch nach der Ausscheidung seiner anfechtbaren und unbrauchbaren Bestandteile noch viel zu umfangreichen Materials war, so mußte doch versucht werden, die Vielzahl individueller, örtlicher und zeitlicher Verschiedenheiten, die dieses Massenschicksal kennzeichneten, zum Ausdruck zu bringen.

Zu diesem Zweck ist aus der Fülle der Dokumente eine Auswahl getroffen worden, die als repräsentativ für alle Landschaften, Bevölkerungsgruppen, Vorgänge und Schicksale gelten konnte. Diese Auswahl war nicht in jedem Falle einfach, wenn sie auch dadurch erleichtert wurde, daß die vorhergegangene Sammlung ihre Ergebnisse nicht dem Zufall verdankte sondern systematisch angelegt war. So galt es, immer jeweils das beste Zeugnis, die beste Aussage zu finden und dennoch Sorge zu tragen, daß nicht etwa durch den Grundsatz der qualitätsmäßigen Auslese der Grundsatz der möglichst vollständigen Bezeugung aller Vorgänge in den Hintergrund gedrängt wurde.

Das bedeutet, daß manchmal Berichte herangezogen werden mußten, die in ihrem Wert hinter anderen wesentlich zurückstehen, wenn sie nur die einzige Quelle für ein bestimmtes Ereignis darstellten. Es ist zu hoffen, daß in einer späteren Auflage solche Stücke durch bessere ersetzt, anderswo Lücken ergänzt werden können.

Neben den Richtlinien für die Auswahl der Dokumente mußte auch die bei jeder Dokumentenpublikation so wichtige Frage der Anordnung und Verarbeitung sehr sorgsam erwogen werden. Es kam darauf an, ohne gegen das Prinzip der Integrität der Dokumente zu verstoßen, die Berichte systematisch so anzuordnen, daß die Hauptphasen des Vertreibungsprozesses in der Abfolge der Berichte als geschlossene Abschnitte hervortreten und innerhalb dieser Abschnitte wiederum diejenigen Berichte in besonderen Gruppen zusammenstehen, die von Ereignissen handeln, welche sachlich, örtlich und ihrer zeitlichen Kontinuität nach zusammengehören und sich gegenseitig bestätigen oder ergänzen.

Eine solche dem Gesamtvorgang der Vertreibung in seinem Verlauf und in seiner gebietsmäßigen Verschiedenheit wiederpiegelnde Anordnung war unerläßlich, sollte die Vielzahl der teilweise sehr umfangreichen Berichte sich nicht in ein unüberschaubares Nebeneinander verlieren und zu ermüdender Wiederholung führen.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus hat sich die Wissenschaftliche Kommission dazu entschlossen, auch der Kürzung oder Teilung von Berichten zuzustimmen, wenn dies die einzige Möglichkeit war, sachlich Zusammengehöriges in übersichtlicher Weise anzuordnen.

Überall dort, wo aus Gründen der Anordnung Auslassungen von größeren Partien oder eine Zerschneidung von Dokumenten vorgenommen wurde, ist dies jedoch mit Hilfe besonderer, durch Kursivdruck hervorgehobener Überleitungstexte kenntlich gemacht worden, die jeweils eine kurze inhaltliche Charakterisierung der ausgelassenen Stellen enthalten oder durch Anmerkungen auf den Ort innerhalb der Dokumentation verweisen, wo sich der abgetrennte Teil eines Berichts vorfindet. Nur völlig unerhebliche Auslassungen weniger Worte sind lediglich durch Punkte markiert worden.

Der ursprüngliche Charakter und die Einheit der Erlebnisberichte wurden somit trotz gelegentlicher Kürzungen und Zerlegungen keineswegs entstellt, zumal jede Sorgfalt angewandt wurde, um Auslassungen des Originaltextes auf ein Mindestmaß herabzudrücken. So sind mitunter auch einzelne sehr subjektive Äußerungen nicht angetastet worden, selbst da, wo es sich um leidenschaftliche und einseitige Urteile handelt, wenn nur durch sie der objektive historische Gehalt der betreffenden Dokumente nicht in Frage gestellt wurde.

Auch Stileigentümlichkeiten sind nirgends verbessert worden, und selbst bei der im allgemei-

nen durchgeführten Korrektur orthographischer Fehler wurde dort haltgemacht, wo diese in ihrer unverfälschten Unmittelbarkeit selbst Aussagewert gewinnen. Absichtlich ist beim Abdruck der Dokumente mit äußerster wissenschaftlicher Akribie verfahren worden.

Obwohl es sich bei den vorliegenden Quellen nicht um aktenmäßige, urkundliche Zeugnisse handelt, sondern um "Gedächtnisprotokolle", denen man den Gelegenheitscharakter ihrer Entstehung zuweilen anmerkt, wurden sie doch in der Art ihrer Behandlung abgeschlossenen, aus dem historischen Vorgang selbst erwachsenen Dokumenten gleichgestellt.

So wurde an den Kopf jedes Dokumentes eine in Petitdruck gehaltene Erläuterung gestellt, aus der Art und Umfang des Originaldokumentes, das Datum der Abfassung sowie Name, Beruf und ehemaliger Wohnort des Verfassers in den Vertreibungsgebieten ersichtlich sind. Ein Teil der Verfassernamen mußte jedoch im Hinblick auf besondere persönliche Umstände mancher Berichterstatter verschwiegen werden. Es muß aber ausdrücklich festgestellt werden, daß sämtliche Verfasser der veröffentlichten Dokumente persönlich beglaubigt und ihre vollen Namen bekannt sind.

Der Plan der mit der Publikation betrauten Wissenschaftlichen Kommission sieht eine Reihe von Veröffentlichungen vor, wobei die beiden vorliegenden ersten Bände der Vertreibung des Deutschtums östlich der Oder-Neiße-Linie gelten.

Weitere Bände, die zur Zeit vorbereitet werden, sollen die Austreibung der Sudetendeutschen und des Deutschtums in Südosteuropa behandeln. Größere Quellenzeugnisse, die aus dem Rahmen der Hauptbände durch ihren Umfang herausfallen, sollen in Sonderpublikationen erscheinen.

Als Abschluß ist ein auswertender Ergebnisband vorgesehen, der das Ereignis der Austreibung der ostdeutschen Bevölkerung nach seiner geschichtlichen, völkerrechtlichen und soziologischen Bedeutung untersucht und in den Zusammenhang der europäischen und welthistorischen Entwicklung stellt. Hierbei sollen auch die gesamten Probleme erörtert werden, die durch das Zusammenwohnen der Völker in Ostmitteleuropa in der Vergangenheit aufgeworfen worden sind, und ihre Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft bedacht werden.

Die Herausgeber fühlen sich in ihrem Gewissen nur an das Ethos der wissenschaftlichen Forschung gebunden. Wenn sie darüber hinaus auf einen politischen Grundsatz verpflichtet sind, so ist es der in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ausgesprochene Verzicht auf Rache und Vergeltung.

Sie wollen mit der von ihnen betreuten Veröffentlichung nicht einem Willen Vorschub leisten, der diesem Verzicht entgegensteht, nicht Empfindungen auslösen, die selbstquälerisch im eigenen Leid wühlen. Dazu sind sie sich viel zu sehr des deutschen Anteils an den Verhängnissen der beiden letzten Jahrzehnte bewußt.

Sie hoffen vielmehr, daß durch ihre Arbeit die Einsicht gestärkt wird, daß sich Ereignisse wie die Vertreibung nicht wiederholen dürfen, wenn Europa noch eine Zukunft haben soll. Sie hoffen auf eine Neuordnung der Völkerbeziehungen in dem Raume, der zuletzt ein Inferno der Völker geworden war.

Nicht aus einem Vorbeisehen an der jüngsten Vergangenheit, sondern nur aus der verantwortungsbewußten Auseinandersetzung mit ihr kann eine neue moralische Kraft geboren werden, um die Spannungen zwischen den Völkern des östlichen Mitteleuropas, ganz Europas zu überwinden, damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt.

VORBEMERKUNG

zu Band I

Das Ziel des hier vorgelegten ersten Teiles des Gesamtwerkes über die Vertreibung ist es, die Massenaustreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in allen ihren Phasen anhand von Aussagen und Berichten der Betroffenen selbst darzustellen.

Die Dokumente und Zeugnisse folgen in ihrer Anordnung dem großen Gang der Ereignisse,

sie sollen daher auch nicht einzeln sondern im Zusammenhang gelesen werden.

Wenn damit die Quellenveröffentlichung schon ein gutes Stück Verarbeitung enthält, so lag es nahe, noch einen Schritt weiter zu gehen und den in großer Fülle dargebotenen Stoff, den die Dokumente enthalten, auch zu einer erzählenden Darstellung zu verwerten. Ein solcher Versuch wird hier gewagt. Durch ihn soll eine Art Wegweiser zu den Dokumenten geschaffen werden; dies soll vor allem dadurch geschehen, daß die zahlreichen in den Berichten behandelten und dort meist in aller Breite und Ausführlichkeit geschilderten Vorkommnisse unter Verzicht auf alles Unwesentliche aus der Enge der jeweiligen persönlichen und lokalen Horizonte der Berichtersteller herausgelöst und zu einem allgemeinen Bild verdichtet werden.

Durch eine große Zahl von Hinweisen (Anmerkungen) ist dabei Sorge getragen worden, daß die enge Beziehung zwischen allgemeiner Darstellung und dokumentarischen Belegen aufrechterhalten bleibt. Diese Anmerkungen stellen zugleich eine erste Aufschlüsselung der in den Berichten enthaltenen großen Menge von Einzelangaben nach ihrer sachlichen Zusammengehörigkeit dar. –

Die einleitende Darstellung soll aber auch insofern ein Wegweiser zur rechten Beurteilung der einzelnen Dokumente sein, als sie vorweg einen Überblick über das Ganze des Vertreibungsprozesses gibt und damit von vornherein aufzeigt, in welchem Zusammenhang die einzelnen Abschnitte und Ereignisse des Vertreibungsvorganges miteinander stehen und worin ihre spezielle Bedeutung für das Gesamtgeschehen der Vertreibung liegt.

Als wichtigstes Ergebnis dieses Versuchs, die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung darzustellen und historisch zu erfassen, muß die Erkenntnis gelten, daß die Vertreibung nicht bloß ein "Bevölkerungstransfer" war und nicht einfach identisch ist mit der Ausweisung, sondern daß sie ein vielgestaltiges Schicksal und ein mehrjähriger Prozeß gewesen ist, zu dem die Flucht vor der Roten Armee und die Ereignisse, Maßnahmen und Zustände der russisch-polnischen Herrschaft in Ostdeutschland nach 1945 ebenso gehören wie die Ausweisungsbefehle und -transporte, durch die der Gesamtvorgang der Vertreibung seinen Abschluß fand.

Mit dem Nachweis dieser Zusammenhänge erfüllt die einleitende Darstellung einen wichtigen Zweck und befriedigt vor allem das Verlangen, die Einzelvorgänge rasch zu überschauen und sie in das Gesamtgeschehen der Vertreibung einzuordnen. Dennoch ist die Einleitung weit davon entfernt, die Lektüre der Berichte überflüssig zu machen oder auch nur deren ganze inhaltliche Fülle ausschöpfen zu können. Die Originalität und größere Ausführlichkeit, aber auch die Unmittelbarkeit, in der das Schicksal der Vertreibung in den veröffentlichten Dokumenten Ausdruck findet, sichert ihnen unbedenklich den Vorrang.

Dies ist um so mehr der Fall, als die darstellende Einleitung nur eine erste noch keineswegs abschließende Konzeption des Vertreibungsverlaufs geben kann, da viele mit der Vertreibung zusammenhängende Ereignisse noch unzureichend geklärt und manche von ihnen vielleicht erst nach langen Forschungsarbeiten, wenn überhaupt, erfaßt werden können.

Da die einleitende Darstellung auf die primäre Aufgabe beschränkt bleibt, ein Führer durch die Dokumente zu sein, können in ihr die allgemeinen weltgeschichtlichen Hintergründe der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung nur insofern erwähnt werden, als dies für das Verständnis des Ereignisablaufs erforderlich ist.

Unberücksichtigt bleiben muß ferner die allgemein-geschichtliche Einordnung des Phänomens der Vertreibung. Weder ihre viele Jahrhunderte zurückreichenden Voraussetzungen noch ihre ideologische und diplomatische Vorgeschichte können hier schon gebührend gewürdigt werden, da es sich bei dem vorliegenden Werk zunächst nur um einen auf die Oder-Neiße-Gebiete begrenzten Ausschnitt aus dem Gesamtereignis der Vertreibung handelt, das auch anderwärts in Ostmitteleuropa, im Gebiet der Tschechoslowakei, Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens stattfand.

Die Sammlung der Dokumente über die Gebiete östlich der Oder und Neiße stand unter der

Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, der einen größeren Mitarbeiterkreis dazu heranzog und durch die bereitwillige Mitwirkung zahlreicher Vertriebener aller Landsmannschaften unterstützt wurde.

Die wissenschaftlichen Richtlinien hat die Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation der Vertreibung unter dem Vorsitz von Professor Dr. Theodor Schieder - Köln, bestehend aus Oberarchivrat am Bundesarchiv Dr. Adolf Diestelkamp - Koblenz, Universitätsprofessor Dr. Rudolf Laun - Hamburg, Universitätsprofessor Dr. Peter Rassow - Köln, Universitätsprofessor Dr. Hans Rothfels - Tübingen, ausgearbeitet.

Sie bildete einen wissenschaftlichen Arbeitskreis, dem Dr. Hans Booms, Dr. Martin Broszat, Dr. Gerhard Papke und cand. phil. Heinrich Smikalla angehörten.

Die vorliegenden Bände sind unter der Leitung von Professor Dr. Theodor Schieder aus der Gemeinschaftsarbeit dieses Kreises hervorgegangen, an der alle Mitarbeiter beteiligt waren. Dr. H. Booms hat im besonderen die Fertigstellung des Dokumententeils, Dr. M. Broszat die Arbeiten für die Einleitung betreut.

Die Wissenschaftliche Kommission schuldet für freundliche Beratung und Unterstützung dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, Amt für Landeskunde in Remagen, dem J. G. Herder-Institut in Marburg, der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropa-Forschung in Göttingen und dem Institut für Zeitgeschichte in München ihren aufrichtigen Dank.<<

USA: Das Oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika entscheidet im Jahre 1954, im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/101): >>Heutzutage muß man folglich bezweifeln, daß ein Kind Aussicht auf Erfolg im Leben hat, wenn ihm die Gelegenheit zu einer Schulbildung verweigert wird.

Wo der Staat es unternommen hat, eine solche Gelegenheit zu schaffen, ist sie ein Recht, das allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden muß. ...

Wir kommen zu dem Schluß, daß der Grundsatz "getrennt, aber gleich" ("separate, but equal") auf dem Gebiet des öffentlichen Schulwesens nicht gelten kann. Getrennte Bildungseinrichtungen sind ihrer Natur nach ungleich.

Deshalb erklären wir, daß den Klägern ... durch die angegebenen Fälle von Rassentrennung (Segregation) die Gleichheit vor dem Gesetz vorenthalten ist, die durch den 14. Verfassungszusatz gewährleistet wird. ...<<

1955

Die Fähigkeit, das Wort "Nein" auszusprechen, ist der erste Schritt zur Freiheit.

<i>Nicolas de Chamfort, eigentlich Sebastien Roch (1741-1794, französischer Schriftsteller)</i>

01.01.1955

CSR: Das tschechoslowakische statistische Amt teilt am 1. Januar 1955 offiziell mit, daß sich noch 165.790 Deutsche in der CSR aufhalten (x004/132).

07.01.1955

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius erklärt am 7. Januar 1955 nochmals, daß Konfirmation und Jugendweihe unvereinbar sind.

25.01.1955

UdSSR: Die Sowjetunion beendet am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.

Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgen später diesem Beispiel (x009/50).

30.01.1955

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 30. Januar 1955 (x095/190): >>... Ich habe keine Zweifel, daß in den Abstimmungen hinsichtlich der Frage der Souveränität, des

Eintritts in die Westeuropäische Union und des Beitritts zur NATO gute Mehrheiten erzielt werden.

Die Dinge liegen etwas anders beim Saarabkommen. Hier bestehen noch manche Schwierigkeiten. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich dagegen, aber auch innerhalb der Koalition gibt es noch starke Gruppen, die dem Saarstatut ablehnend gegenüberstehen.

Ich hoffe, daß es in der Zwischenzeit gelingt, noch manche Abgeordnete der Koalition von der Notwendigkeit dieses Abkommens zu überzeugen, glaube aber, daß es nur mit geringer Mehrheit den Bundestag und Bundesrat passieren wird. ...<<

01.02.1955

DDR: Die Deutsche Grenzpolizei übernimmt ab 1. Februar 1955 die Bewachung der DDR-Staatsgrenzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die deutsche "Grenzpolizei" der SBZ (x009/164): >>Seit 1.2.1955 erhielt die Deutsche Grenzpolizei, da die sowjetische Besatzungsmacht darauf verzichtete, "die alleinige Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der DDR" und am Ring um Berlin. ...

Die Einheiten der Deutschen Grenzpolizei verfügen über "Aufklärungstruppen", d.h. Agenten für politische Überwachungs- und Geheimaufgaben (Aufklärung). Als halbaktive Auffüllungsmannschaften für Ernstfälle und z.T. als Spitzel sind mit der Deutschen Grenzpolizei etwa 8.000 Grenzpolizeihelfer verbunden. Ausbildung und Dienst der Deutschen Grenzpolizei sind überwiegend nicht polizeilich, sondern militärisch. Seit jeher war sie eine Truppe, die im Grenzbereich militärische Aufgaben zu erfüllen hat, zugleich aber neben und mit der Armee einsetzbar ist.

Uniform: seit Oktober 1952 olivbraun nach dem sowjetischen Muster, mit grünen Kragenspiegeln. Sie hat nicht Polizei- sondern Militärdienstgrade. Stärke: rd. 48.000 Mann; ohne 8.000 Grenzpolizeihelfer. ...<<

03.02.1955

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung beendet am 3. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland.

09.02.1955

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 9. Februar 1955 an Nahum Goldmann (x095/192-193): >>... Mir sind die Klagen bekannt, zu denen besonders auch im Ausland der schleppende Gang der individuellen Wiedergutmachung Anlaß gegeben hat. ...

Auf dem Gebiet der Rückerstattung müssen die gegen das frühere Deutsche Reich gerichteten Geldansprüche, worauf Sie mit Recht hinweisen, noch geklärt werden. ...

Auf dem Gebiete der Entschädigung sind bis zum 30. September 1954 auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes insgesamt 888.192.148 DM gezahlt worden. Dazu kommen noch die Leistungen auf Grund verschiedener Einzelregelungen wie z.B. Bundesgesetz über die Wiedergutmachung für die Beamten des öffentlichen Dienstes ...<<

18.02.1955

Polen: Die polnische Regierung beendet am 18. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland.

27.02.1955

BRD: Der Deutsche Bundestag verabschiedet am 27. Februar 1955 die Gesetze über das "Saarstatut" und die "Pariser Verträge".

28.02.1955

BRD: Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisiert am 28. Februar 1955 die Annahme des Saarstatuts (x155/49): >>Die Bundesrepublik als Teil Deutschlands ist nicht berechtigt, Verträge über einen anderen Teil Deutschlands abzuschließen.

Das Abkommen verstößt gegen das deutsche Staatsrecht und ist daher aus doppeltem Grunde

nichtig. ...<<

17.03.1955

Polen: Ministerpräsident Bierut erläutert am 17. März 1955 vor dem Sejm das polnisch-deutsche Verhältnis (x064/23): >>Wir haben den Kriegszustand mit Deutschland beendet. ...

Wir sind bereit, auch unsere Beziehungen zu Westdeutschland zu normalisieren. ...

Um alle Zweifel in diesem Punkt auszuschließen, haben die verantwortlichen Staatsmänner unseres Lagers mit aller Deutlichkeit betont, daß wir auf die Tatsache der Remilitarisierung Westdeutschlands (Aufstellung der deutschen Bundeswehr) mit Schritten antworten werden, die unsere Länder gegen alle Versuche eines Attentats auf unsere Sicherheit oder Grenzen sichern.

Zu unserem Lager, dem Lager des Sozialismus und des Friedens, gehört die Deutsche Demokratische Republik. Unsere Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik sind auf Zusammenarbeit und Freundschaft, auf die Unantastbarkeit unserer Grenzen an Oder und Neiße aufgebaut, und sie zeigen, daß wir gutnachbarliche, freundschaftliche und friedliche Beziehungen mit dem uns benachbarten deutschen Volk errichten konnten. ...

Die polnische Regierung wird ihre Bemühungen zu einer friedlichen Regelung des deutschen Problems fortsetzen.<<

31.03.1955

UdSSR: Die Sowjets beschließen am 31. März 1955 die Rückgabe von Gemälden der Dresdener Galerie.

01.04.1955

Berlin: Karl Wilhelm Fricke wird am 1. April 1955 durch den Staatssicherheitsdienst (SSD) aus West-Berlin entführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Menschenraub" durch den Staatssicherheitsdienst (x009/284): >>Der Staatssicherheitsdienst (SSD) hat mit Hilfe gedungener krimineller Elemente wiederholt das Verbrechen des Menschenraubes begehen lassen, um SBZ-Flüchtlinge oder Personen, die in der Bundesrepublik oder in Berlin West aktiv gegen das Unrechtsregime in der Zone tätig waren, in die Hände zu bekommen.

Die dabei angewendeten Methoden reichen bis zur Giftbeibringung und zum brutalen Überfall auf der Straße. Einige Opfer dieser Menschenraub-Aktionen des SSD sind inzwischen nach langjähriger Haft in den Westen zurückgekehrt (Alfred Weiland, Karl Wilhelm Fricke) und haben im einzelnen über die Taktik des SSD bei der Vorbereitung und Durchführung des Menschenraubes berichtet. Öffentliche Gerichtsverhandlungen fanden nicht statt.

Die West-Berliner Polizei hat seit Herbst 1949 allein 196 Fälle von Menschenraub im Auftrag des SSD registriert.

Besonders schwere Fälle waren die Verschleppung des Journalisten Alfred Weiland (1950 in West-Berlin: Überfall auf der Straße), des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Walter Linse (1952 in West-Berlin; Überfall auf dem Wege ins Büro), des Vorsitzenden der russischen Emigranten-Organisation NTS, Dr. Truchnowitsch (1954 in West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung), des aus der SBZ geflüchteten ehemaligen SSD-Kommissars Silvester Murau (1955 mit Hilfe der Tochter aus der Bundesrepublik verschleppt), des ebenfalls aus der SBZ geflüchteten ehemaligen Inspektors der Volkspolizei Robert Bialek (1956 aus West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung) und des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Erwin Neumann (1958 beim Segeln auf dem Wannsee in West-Berlin).

Einige der im Auftrage des SSD tätig gewordenen Verbrecher wurden gefaßt und vom West-Berliner Landgericht verurteilt: Knobloch (Fall Dr. Linse) zu 10 Jahren Zuchthaus, ... Tietze und Horeis (Fall Murau) zu 10 und 12 Jahren Zuchthaus.<<

16.04.1955

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mittel-deutschen Spezialisten": >>**Atom-Spezialisten kehren heim**

Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.

Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und Optikspezialisten (über 3.000) mußte er für die Sowjets arbeiten.<<

01.05.1955

DDR: Die Kampfgruppen der SED und Gesellschaft für Sport und Technik (GST) stehen am 1. Mai 1955 erstmalig im Vordergrund der Mai-Veranstaltungen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/208-209): >>Militärähnliche Verbände der SED in Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Behörden, Schulen und Anstalten aller Art, 1952 zunächst in Großbetrieben der Volkseigenen Industrie in Anfangs- und Vorformen errichtet. (Der damals übliche Name Betriebskampfgruppen ist veraltet).

Unter dem Eindruck des Juni-Aufstandes betrieb die SED die Aufstellung bewaffneter Kampfverbände, Angehörige der KVP, der GST (Gesellschaft für Sport und Technik), vor allem der Deutschen Volkspolizei waren als Ausbilder tätig. ...

... Die Kampfgruppen sollen, so heißt es, zu kampfkraftigen Einheiten - zu Arbeiterbataillonen - entwickelt werden. Sie sollen in die Lage versetzt werden, als wirksames Instrument der Heimatverteidigung sowohl die Betriebe zu schützen als auch, wenn es die Situation erfordert, gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei ... innerhalb ihres Heimatgebietes zu kämpfen und die innere Sicherheit der Republik zu garantieren (damit verlangte die SED sinngemäß den Einsatz der Kampfgruppen an der Seite der Armee, die 1955 noch als Kasernierte Volkspolizei getarnt war).

Den Kampfgruppen werden die Altersgruppen von 25 bis 60 Jahren vorbehalten, während die GST die jüngeren Jahrgänge ausbildet.<<

03.05.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>**Erste Gastarbeiter kommen**

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.

Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

05.05.1955

BRD: Die Pariser Verträge treten am 5. Mai 1955 in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhält endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfällt.

Es bleiben jedoch weiterhin folgende Einschränkungen: Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage.

Bundeskanzler Adenauer erklärt nach dem Inkrafttreten der "Pariser Verträge" (x073/242): >>Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden ...

Freiheit verpflichtet.

Es gibt für uns im Innern nur einen Weg: den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit.

Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker.

Unser Ziel: in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.<<

07.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland tritt am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

09.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland wird am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

Die geplante deutsche Bundeswehr wird bereits in die NATO-Strukturen integriert. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.

14.05.1955

Polen: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehört, schließen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellen sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

15.05.1955

DDR: Das ZK der SED gibt am 15. Mai 1955 die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte (Nationale Volksarmee) bekannt.

Österreich: Die 4 Siegermächte schließen am 15. Mai 1955 einen Friedensvertrag mit Österreich.

Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) muß sich zu "immerwährender Neutralität" verpflichten und darf außerdem keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).

22.06.1955

Luxemburg: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (26/1955) berichtet am 22. Juni 1955 über die MONTANUNION: >>Umsteigen in den Bummelzug

In dem schwarzen Citroën, der an einem der ersten Junitage die salutierende Wache des Luxemburger Schlosses passierte und direkt zum "Casino" am Roosevelt-Boulevard fuhr, saß ein erschöpfter, resignierender Mann. Der Abschiedsbesuch, den der scheidende Präsident der Montanbehörde, Jean Monnet, soeben mit seiner Gattin der Großherzogin Charlotte von Luxemburg abgestattet hatte, war kurz und konventionell gewesen. Jetzt erst kam für Monnet das Schlimmste. Im Restaurant "Casino", das neben dem "Hotel Kravat" Schauplatz der wenigen gesellschaftlichen Ereignisse der Luxemburger Kohle- und Stahldiplomatie ist, erwarteten ihn seine Mitarbeiter.

Da standen sie im Vestibül, die es vor zweieinhalb Jahren unternommen hatten, mit dem kleinen Franzosen den ersten politischen Stoßtrupp für die Vereinigten Staaten von Europa zu wagen, und die sich im ersten Überschwang bereits Europa-Pässe ausgestellt hatten, die außer den sechs Ländern niemand anerkennt. Da stand der massige deutsche Vizepräsident Franz Etzel, von dem es auf den Korridoren der Montanbehörde wechselweise hieß, er habe Monnet oder Monnet habe ihn unter seiner Fuchtel. Da zeigte sich der zweite Vizepräsident, der Belgier Albert Coppé, sichtlich gerührt.

Da war der Franzose Pierre Uri, der Vertraute Monnets, der schon im kleinen Speisezimmer des Planungskommissariats Paris dabeigewesen war, als Monnet in Gesprächen erste Gedanken äußerte, die später in den Schumanplan mündeten. Jener Professor Uri, der seinen anfänglichen Europa-Fahrplan (SPIEGEL 9/1953), nach dem bereits 1956 der gemeinsame europäische Markt für die Landwirtschaft und die Textilindustrie und ein Jahr später die erste europäische Bundesregierung kommen sollten, heute schmerzlich einen "Code philosophique" nennt. Und da druckten schließlich die Söhne zweier bekannter Politiker herum, die Junioren Pinay und Spaak, die sich unter Monnet ihre europäischen Sporen hatten verdienen wollen.

Franz Etzel hielt die Abschiedsrede. Er feierte Monnet als den Mann, dem es in erster Linie zu verdanken sei, "daß der gewagte Versuch gelungen ist, fünf Jahre nach dem zweiten Weltkrieg sechs Staaten zu einer neuen Gemeinschaft zusammenzuführen". Er schloß nicht ohne Pathos: "Wir können schon jetzt hieraus ableiten, daß es nie wieder einen Krieg zwischen den Weststaaten geben wird."

Als die Familie Monnet am übernächsten Tag Luxemburg verließ, trug der zurückgetretene Präsident in seinem Gepäck das kostbare silberne Geschenktablett mit den eingravierten Namen aller Mitglieder der Hohen Behörde, das Etzel ihm zum Abschied überreicht hatte. Der Schöpfer des Schumanplans zog sich auf seinen Landsitz bei Paris zurück, um für eine Weile den Gesellschaftsanzug mit seinem Wanderzeug, Skihose, Windbluse und Schlägermütze, zu vertauschen.

In Luxemburg blieb das europäische Team zurück und bereitete sich auf den Empfang des neuen Präsidenten René Mayer vor. Die meisten Mitglieder der Hohen Behörde hatten zwar gemeint, wenn Monnet gehe, solle doch - wie Monnet es selbst einmal angeregt hatte - Franz Etzel auf den Stuhl des ersten Präsidenten nachrücken. Aber Etzel hatte Vertrauten erklärt: "Wir Deutschen sind schon wieder so selbstgefällig. Muß ich denn, wenn ich mich mit der Menschheit verkracht habe und jetzt wieder in den Verein aufgenommen bin, gleich anstreben, Vorsitzender zu werden?"

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete, den die Gunst des deutschen Bundeskanzlers in kurzer Zeit auf den mit rund 50.000 Mark steuerfreiem Jahreseinkommen dotierten Posten des Vizepräsidenten hob, kann auch ohne Präsidentenamt mit seiner Nachkriegskarriere zufrieden sein. Er hat sonst in seinem Leben längere Zeit gebraucht, um sich durchzubeißen: als Junge in seinem Heimatstädtchen Wesel, nachdem das Baugeschäft des Vaters zusammengebrochen war und er aus der Obersekunda in die Kohlenzeche Sterkrade unter Tage mußte. Dann, als er sein Abitur nachbüffeln und sich später das Geld für sein juristisches Studium selbst verdienen mußte, ehe er als Sozius in eine Duisburger Rechtsanwaltsfirma eintreten konnte.

Der heute 52jährige Vizepräsident in Luxemburg hat nach dem Kriege in Duisburg die Kreispartei der CDU gegründet und zeichnete später für das wirtschaftspolitische Programm der Christlich-Demokratischen Union mitverantwortlich. Im ersten Deutschen Bundestag war er Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, der für den Schumanplan federführend war. Von dort kam er direkt als zweiter Mann zur Hohen Behörde.

Das Amt des ersten Mannes in Luxemburg scheint gegenwärtig vielen Beobachtern nicht allzu begehrenswert. Denn seit vor einigen Monaten bekannt wurde, daß Jean Monnet sein Amt aufgibt, muß sich die Montanunion mit einer hartnäckigen Kritik herumschlagen, für die die "Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung" die knappe Formel fand:

- Brauchen wir denn überhaupt noch die Montanunion? Bleibt es bei den Nationalwirtschaften, wie es jetzt aussieht, dann ist kein Platz für supranationale Bevormundungen der nationalen Wirtschaftspolitik souveräner Staaten. Kommt es aber zur wirklichen Vereinigung Europas, also zum "einzigem Markt", dann brauchen wir sie ebensowenig.

- Wenn es von 1950 bis 1955, also mit der starken Bereitschaft einer nicht souveränen Bundesrepublik, nicht gelang, Europas Vereinigung zu betreiben, um wieviel schwieriger muß das nach 1955 sein, da sich alle Länder in Europa wieder an die nationalwirtschaftlichen Daseinsformen gewöhnt haben.

Auf die Frage, wie es heute um Europa stehe, erhält man deshalb von Franz Etzel eine düstere Antwort. Er sagt: "Ich mache mir Sorgen. Das muß man ja, wenn man sieht, wie überall wieder nationalistische Tendenzen im Busche sind. Ich bin auch nicht so sehr überzeugt, daß bei den verantwortlichen Politikern das Gefühl für Europa noch so da ist wie vor zweieinhalb Jahren."

Dabei ist es keineswegs so, daß der am 18. April 1951 durch die Bundesrepublik, Frankreich,

Italien und die Benelux-Staaten geschlossene Vertrag über die Kohle- und Stahlgemeinschaft etwa nicht programmgemäß eingehalten worden wäre. Pünktlich und übereinstimmend mit den Vorbesprechungen wurden die einzelnen Etappen zurückgelegt:

- Am 10. Februar 1953 wurde der gemeinsame Markt für Kohle und Erze eröffnet.
- Am 15. März 1953 folgte der gemeinsame Markt für Schrott.
- Am 1. Mai 1953 entstand der gemeinsame Markt für Stahl.
- Am 1. August 1954 wurde der gemeinsame Markt für Edelstähle errichtet.

Seit diesen Tagen kann jeder Geschäftsmann der Montanunion in jedem Land der Gemeinschaft kaufen und verkaufen, als existierten zwischen diesen Ländern keine Grenzen mehr. Für Kohle und Stahl gibt es seitdem keine Zölle mehr, keine unterschiedlichen Inlands- und Auslandspreise (jede Firma muß in Luxemburg eine Preisliste hinterlegen), keine Devisenschwierigkeiten und keinerlei Ex- oder Importrestriktionen. Aus dreißig unterschiedlichen Eisenbahntarifen in ihrem Gebiet machte die Union einen einzigen.

Den Regierungen wurde durch den Vertrag überdies verboten, die Industrie-Unternehmen ihrer Länder zu subventionieren und ihnen Ausnahmetarife bei den Staatsbahnen oder sonstige Beihilfen zu gewähren, die einem echten Wettbewerb zuwiderlaufen. Früher wurden die Frachttarife an den Grenzbahnhöfen für die Inlands- und die Auslandsstrecke getrennt berechnet, heute gibt es "durchgehende" Tarife. Für eine Tonne Ruhrkoks auf dem Wege zu den lothringischen Stahlwerken bedeutet das eine Frachtverbilligung um 9,32 Mark. Umgekehrt verbilligt sich Lothringer Walzstahl auf dem Wege nach Bayern um bis zu acht Mark Fracht je Tonne.

Die durch eine vierzigjährige Abkapselung der Nationalwirtschaften verbogene Wirtschaftsgeographie beginnt sich wieder einzurenken: Süddeutschland beispielsweise bezieht jetzt mehr Kohle aus den nahegelegenen Saargruben und aus Lothringen Stahlprodukte; Belgien und Holland dagegen verfünffzehnfachten ihre Kohleimporte aus dem Aachener Revier ...

Die Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten der Montanunion haben keinen direkten Einfluß mehr auf diesen neuen Kreislauf der Kohle- und Stahlindustrie ihrer Länder; die nationale Regierungsgewalt für die Schwerindustrie ist durch den Schumanplan-Vertrag auf die supranationale Hohe Behörde in Luxemburg übergegangen.

Ein Heer von Beamten schwärmt ständig von Luxemburg aus, um die mit der revolutionären Umstellung zusammenhängenden Probleme zu regeln. Wirtschaftlicher Hauptzweck der Montanunion ist ein höherer Lebensstandard für die 160 Millionen Menschen der Gemeinschaft, erzielt durch niedrigere Produktionskosten.

Deshalb müssen beispielsweise Kohlengruben in Süd- und Mittelfrankreich stillgelegt werden, denn nach dem Fortfall aller Zölle und Subventionen ist die über den Seeweg hereinströmende belgische Kohle plötzlich billiger. Die Kommissare der Hohen Behörde betreiben die Stilllegung dieser unrentabel gewordenen Schächte. Sie leiten die Umsiedlung von 5.000 dadurch arbeitslos werdenden Kumpels ein, und die Montanbehörde zahlt die Kosten: Jeder umgesiedelte Familienvater erhält 2.500 Mark Abfindung.

Auch in der Borinage in Belgien müssen 4.000 Bergarbeiter ihre Heimatorte verlassen, weil ihre Zechen nach dem Ausbleiben der Staatssubventionen nicht mehr mit der jetzt frei hereinströmenden Kohle des gemeinsamen Marktes konkurrieren können.

Luxemburger Beamte verhandeln mit den Gewerkschaften und der Regierung, um diese Arbeitskräfte in das Kempener Land umzusiedeln, wo Arbeitskräfte für moderne, rentable Zechen gesucht werden. Das gleiche Schicksal trifft 2.000 französische Stahlarbeiter an der Loire, und in Italien müssen Tausende mit ihren Familien in andere Gebiete und andere Industriezweige verpflanzt werden, weil ihre vorsintflutlichen Eisenwerke jetzt nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Die Hohe Behörde verfügt auch über eine Art Gewerbepolizei. Sobald irgendwo ein Verstoß

gegen den Vertrag gemeldet wird, schickt Luxemburg den beschuldigten Firmen Prüfer ins Haus. Die supranationalen Beamten stöbern in den Büchern und Lagerhallen umher wie die Steuerfahnder, und die Hohe Behörde zögert nicht, schwere Strafen zu verhängen. Belgische und italienische Stahlfirmen waren die ersten, die wegen Verkaufs zu Dumpingpreisen hohe Geldstrafen zahlen mußten.

Auch die sechs Regierungen bekommen die Autorität der Hohen Behörde zu spüren. Als beispielsweise die französische Regierung das Eindringen billiger belgischer Kohle über den Seeweg nach Frankreich dadurch abzuwenden versuchte, daß sie über eine Ausgleichskasse die Binnenschiffsfrachten subventionierte, griff Luxemburg sofort ein. Die Behörde entschied, daß die Ausgleichskasse der Einführung eines Einfuhrzolls gleichkomme und laut Artikel 4 des Schumanplan-Vertrages verboten sei. Die Kasse wurde aufgehoben.

Von der sizilianischen Stiefelspitze bis zum holländischen Meerbusen überwachen luxemburgische Beamte Europas Schwerindustrie. Zweck dieser Maßnahmen ist es, die alte Arbeitsteilung wiederherzustellen, die in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bestanden hatte.

Die Montanunion geht aber weiter. Sie will die Produktion dort forcieren, wo sie am billigsten ist. Unrentabel arbeitende Fabriken, die im Schatten von Zollschranken und Subventionen entstanden sind, sollen geschlossen und die Preise dadurch gesenkt werden, daß jeder beim billigsten Produzenten einkaufen kann und durch keinerlei staatliche Restriktionen oder private Kartellabsprachen benachteiligt wird.

Immer wieder stieß die Hohe Behörde jedoch bei dem Bemühen, für alle Kohle- und Stahlgesellschaften ihres Bereichs gleiche Kostengrundlagen zu schaffen, auf Kompetenzbereiche, die im Schoße der einzelnen Nationalregierungen verblieben waren.

Sie stieß auf unterschiedliche Steuergesetzgebung, auf völlig verschieden geartete Systeme der Sozialversicherungen, auf die Arbeitslosen-Fürsorge, auf Exportförderungen; alles Dinge, die die Kostenkalkulation der Fabriken beeinflussen.

Sie stieß vor allem auf die unrealistischen Wechselkurse der Währungen, die auch einer effektiv billigeren Ware oft den Weg in das Nachbarland versperren. (Der französische Franc beispielsweise ist gegenüber den anderen Währungen an der wirklichen Kaufkraft gemessen um 15 Prozent überbewertet.)

Monnet hatte von Anfang an gewußt, daß die Montanunion allein kaum lebensfähig sein würde. Er wollte nicht bei Kohle und Stahl stehenbleiben, sondern den Kreis der Branchen, die von Luxemburg aus dirigiert werden, laufend erweitern. Einige Interpreten dieser supranationalen Methode der Teilintegrationen dachten an die Reihenfolge: Kohle und Stahl, Energiewirtschaft und Verkehr, Landwirtschaft (nach dem Plan des französischen Ministers Pflimlin), Textilien, Chemie usw.

Mit der Übertragung aller Regierungsvollmachten für Kohle und Stahl auf die Hohe Behörde war durch den Schumanplan die Gewalt über die Schwerindustrie aus der Verantwortung der Nationalregierungen herausgelöst worden. Auf militärischem Gebiet sollte es nach dem Willen der französischen Politiker, die mit Jean Monnet einig gingen, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sein, der gleichfalls supranationale Vollmachten für eine integrierte Wehrmacht Westeuropas gegeben werden sollten.

Als aber in der Pariser Nationalversammlung über die EVG entschieden wurde, stand an der Spitze Frankreichs ein Mann, der von der Vortrefflichkeit einer Teilintegration ohne England keineswegs überzeugt war. Ministerpräsident Pierre Mendès-France hielt nichts von der Vereinigung Westeuropas zu einem Bundesstaat. Mit Jean Monnet, einem der tatkräftigsten Verfechter dieser Idee, verband ihn außerdem seit der Zeit der französischen Exilregierung in Algerien eine persönliche Feindschaft.

Jean Monnet hatte damals auf dem einzigen lebenswichtigen Posten der Exilregierung gesessen; in den USA, an der Quelle aller Unterstützung für den General de Gaulle. Mendès-France

war im Exilkabinett Wirtschaftsminister, als Finanzminister fungierte René Pleven, Transportminister war René Mayer.

Die engen Freunde Pleven, Mayer und Monnet fanden sich in dieser Zeit zu einem Dreieckspiel zusammen, und Mendès-France kam wegen Monnets glänzender Beziehungen in Washington nie so recht zur Geltung. Nach der Befreiung hatte es dann weitere Unstimmigkeiten gegeben, als Jean Monnet im Planungskommissariat die Marshallplan-Gelder in der Schwerindustrie anlegte und Mendès-France als Präsident des Rechnungshofes sich mit Monnets knappen Auskünften über den Weg und Verwendungszweck der Gelder nicht begnügen wollte.

Am 30. August 1954 tat Mendès-France keinen Handschlag, die sterbende EVG zu retten, der General Aumeran den Fangstoß gab. Damit war eine der beiden supranationalen Säulen, auf denen die Anhänger Jean Monnets das neue Europa errichten wollten, jäh zusammengestürzt. Monnet bekannte: "Ich bin bis in mein Innerstes entsetzt!" Und in der Tat ist die Ablehnung der EVG zu einem Wendepunkt der Integration Europas geworden.

Am 9. November erreichte die Zusammenarbeit zwischen Monnet und dem Pariser Regierungschef ihren Tiefstand. Der Montan-Präsident rief seine engsten Mitarbeiter in Luxemburg zu einer Sondersitzung zusammen. Er teilte ihnen mit, er wolle zurücktreten, um in der französischen Innenpolitik dem bedrohten europäischen Gedanken neuen Rückhalt zu geben. Trotz aller Warnungen (Etzel: "Es gelang uns nicht, ihn umzustimmen") beging Monnet an diesem Tage einen taktischen Fehler. Er schickte einen Kurier mit einem Schreiben an Mendès-France nach Paris. Darin teilte er dem Ministerpräsidenten mit, er werde sein Amt am 10. Februar 1955 niederlegen.

Mit dem Ende der EVG, dem demonstrativen Rücktrittsangebot Monnets und dem Rückzug seines Freundes Marjolin aus der OEEC, dem Europäischen Wirtschaftsrat, waren die supranationalen Paneuropäer um eine weite Strecke zurückgeworfen. Vizepräsident Etzel meint: "Es ist nicht zu leugnen, daß die Zurückweisung der EVG der europäischen Integration einen schweren Schlag versetzt hat." Etzel wendet sich aber leidenschaftlich gegen die seit der Entscheidung des französischen Parlaments auch in der Bundesrepublik lauter gewordenen Kritik an der verbliebenen supranationalen Europa-Säule, der Montanunion.

Manchen Industriellen der Bundesrepublik dagegen erscheint es nicht als Nationalismus, wenn man sich nach der Ablehnung der supranationalen Konzeption ausgerechnet durch die Nation, die seinerzeit den Montanvertrag vorgeschlagen hat, Gedanken über den Wert dieser Institution und ihre Ausdehnungsbestrebungen macht.

Tatsache ist, daß seit Ablehnung der EVG sowohl in Frankreich als auch in Deutschland nationalwirtschaftliche Überlegungen Gewicht gewinnen, und daß damit auch historisch begründete Gegensätzlichkeiten, die schon viel an Bedeutung verloren hatten, wieder aktuell werden. In der Bundesrepublik löste insbesondere die Behandlung des deutschen Kohlenverkaufs-Systems, das schon früher Gegenstand deutsch-französischer Auseinandersetzungen gewesen war, Kritik an der Montanunion aus.

Seit 1893 war an der Ruhr alle Kohle über ein Kartell verkauft worden, das den Namen "Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat" trug und vor einigen Jahren auf den Namen "Georg" (Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle) getauft wurde.

Das Hauptquartier dieser Verkaufsorganisation befand sich in Essen. Ihr hatten alle Kohlenzechen-Gesellschaften freiwillig den Verkauf ihrer gesamten Kohle übertragen. Einer der großen Wirtschaftsführer des Ruhrgebiets, Emil Kirdorf, hatte dieses Kartell Ende des vergangenen Jahrhunderts nach einer schweren Krise gegründet, um für die Zukunft einen Konkurrenzkampf bis aufs Messer, wie er damals herrschte, zu vermeiden.

Mit diesem Kohlensyndikat Kirdorfs war die deutsche Wirtschaft in mehr als fünf Jahrzehnten gut gefahren. Von Essen aus wurden die bei der Förderung an der Ruhr zwangsläufig anfal-

lenden mehr als hundert verschiedenen Kohlesorten zentral erfaßt und an die verschiedenen Verbrauchergruppen geliefert.

Dabei lag es in der Macht des Syndikats, etwa einem Verbraucher zu bedeuten, er müsse, wenn er 500 Tonnen Anthrazitkohle wolle, auch 200 Tonnen weniger begehrte Gasflammkohle abnehmen. Durch diesen straff gelenkten Absatz konnte das Syndikat eine gleichmäßige Beschäftigung der Zechen garantieren. Von Essen aus wurden monatlich 950 geschlossene Kohlenzüge von den verladenden Zechen zu den Abnehmern dirigiert.

Für die lothringische Stahlindustrie, die den Koks französischer Zehengesellschaften in ihren Hochöfen nicht verwenden kann, weil er nicht druckfest genug ist, um das Gewicht der Erzfüllung auszuhalten, war der Bezug von Ruhrkohle und Ruhrkoks immer eine Lebensfrage. Auch die französischen Stahlwerke konnten nur von dem Essener Kohlenkartell kaufen. Die Machtstellung des Syndikats war der französischen Industrie deshalb immer ein Ärgernis.

Als die Franzosen 1923 in das Ruhrgebiet einmarschierten, weil einige hundert Tonnen Reparatorkohle nicht rechtzeitig geliefert worden waren, besetzten vorseilende Radfahrtruppen in Essen als erstes das Gebäude des Kohlensyndikats. Aber sie fanden das Haus leer. Am Vorabend hatten Emil Kirdorf und andere führende Männer die Beamtenschaft des Syndikats zusammengesammelt.

Nach einer Lageschilderung hatten die Beamten nahezu einstimmig beschlossen, das ganze Syndikat zu verlagern. Die Kohlenmänner machten sich noch während der Nacht daran, sämtliche Akten in einen Sonderzug zu verladen, den die Reichsbahndirektion Essen zur Verfügung gestellt hatte. Das Syndikat ging ins Exil, in eine Blumenmarkthalle nach Hamburg.

Nach dieser Flucht machten die Franzosen das Syndikatsgebäude zum Arrestlokal. Während der "Franzosenzeit" holte sich die lothringische Eisenindustrie ihre Ruhrkohle, ohne das Syndikat befragen zu müssen, direkt von den Zechen. Bergwerksdirektoren, die die Lieferung verweigerten oder auf deren Zechen bereits geförderte Kohle wieder unter Tage geschafft wurde, um sie nicht den Franzosen in die Hände fallen zu lassen, wurden verhaftet. Es folgten Prozesse. Geld- und Gefängnisstrafen wurden verhängt. Erst im Herbst 1923 konnte die Verwaltung aus Hamburg zurückkehren, und noch lange weigerten sich die Franzosen, mit dem Kohlensyndikat zu verhandeln.

An der Ruhr rief es deshalb unangenehme Erinnerungen wach, als nicht nur die Alliierten, sondern auch die Männer der Montanunion Anstalten machten, das Nachkriegssyndikat zu dekartellisieren, weil Kartellabsprachen als wettbewerbshindernd im Schumanplan verboten sind. Die Hohe Behörde setzte es dank ihrer supranationalen Macht durch, daß aus der einen Kohlen-Verkaufsgesellschaft sechs selbständige Unternehmen wurden, die den Verkauf der Kohlenproduktion von jeweils acht bis elf Kohlenzechen übernahmen. Jede Einzelgesellschaft setzt ihre Preise, Rabatte und Verkaufsbedingungen selbständig fest. Absprachen untereinander sind verboten.

Für die alten Kohlenfachleute war es nun eine ausgemachte Sache, daß die Franzosen mit dieser Aufsplitterung in sechs Gesellschaften darauf spekulierten, unter sechs verschiedenen Gruppen werde wahrscheinlich immer eine geneigt sein, die Preise der anderen zu unterbieten, was bei dem alten zentralen Verkaufssystem unmöglich war. Frankreich hoffte, so vermutete man, dadurch preisgünstiger einkaufen zu können und nicht dem alten mächtigen Syndikat als einzigem Verhandlungspartner gegenüberzustehen. Eine solche Hoffnung wäre nicht unbegründet; denn schon der alte Geheimrat Kirdorf war der Meinung, ein Waggon billiger Kohle mache ihm den ganzen Markt kaputt.

Dazu der Präsident der deutschen Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Dr. Heinrich Kost: "Die Hohe Behörde hat, wie bisher überhaupt, auch in ihrer Haltung zur Verkaufsorganisation kein Verständnis für unsere Belange gezeigt. Wenn nun die Behörde meint, daß die Versorgungsaufgabe durch den Schumanplan auf sie übergegangen ist, dann müßte sie doch dafür sorgen,

daß genügend Energien vorhanden sind. Besonders aus Bayern aber hört man heute große Beschwerden darüber, daß die Versorgung nicht mehr so wie früher klappt."

In Luxemburg dagegen sieht man in der Aufsplitterung der Verkaufsfirmen eine Großtat für den freien Wettbewerb. Franz Etzel kontert Dr. Koste Vorwürfe mit dem Argument: "Das Kohlensyndikat und auch das frühere Rohstahlkartell waren beides Kartelle der Produzenten, während heute bei uns auch die Arbeiter und die Verbrauchergruppen mitreden können. Daß man an der Ruhr einer verlorenen Macht nachtrauert, ist verständlich. Aber Europa auf der Basis der industriellen Zusammenschlüsse scheint mir doch kein sehr phantasievoller Weg zu sein."

Der deutsche Vizepräsident beklagt sich überhaupt: "Immer wenn etwas schiefgegangen war oder wenn der Umsatz nachließ, hieß es, das komme von der Montanunion. Wenn man aber andererseits auf den gegenwärtigen hohen Produktions- und Beschäftigtenstand an der Ruhr hinweist, dann heißt es, das sei eben die Konjunktur."

Etzel legt Wert darauf, festzustellen, daß Westdeutschland mit der Unterzeichnung des Schumanplan-Vertrages auf dem Wirtschaftssektor Kohle und Stahl bereits zweieinhalb Jahre früher gleichberechtigter Partner der westeuropäischen Staaten wurde als jetzt gesamtpolitisch durch die Rückgabe der Souveränität. Als großen Gewinn für die Bundesrepublik nennt er die von der Hohen Behörde ermöglichte Rekonzentration der zerschlagenen Ruhrkonzerne, die ohne Schumanplan nicht möglich gewesen wäre.

Beginnend mit der Wiederezusammenführung des Mannesmann-Konzerns hat die Hohe Behörde in der Tat die Wiederherstellung vernünftiger Verbundwirtschaften in Deutschland gebilligt, weil derartige Maßnahmen die Gestehungskosten senken und die Wettbewerbslage verbessern.

Ein zweiter Aktivposten in der Verlust- und Gewinnrechnung, die sich für die Bundesrepublik aus der Teilnahme am Schumanplan ergibt, ist die auf Hochtouren laufende Stahlproduktion. An der Ruhr wurden im vergangenen Jahr 17,4 Millionen Tonnen Stahl produziert (1936: 18,7 Millionen Tonnen im Reichsgebiet).

Gegenüber der von den Alliierten für Deutschland ursprünglich vorgesehenen Jahresproduktion von 11,1 Millionen Tonnen Stahl ist das ein großer Aufschwung, wenngleich die deutsche Stahlerzeugung gegenüber dem prozentualen Zuwachs der Stahlproduktion in anderen Mitgliedstaaten der Montanunion noch immer zurückgeblieben ist. Beispielsweise hat Frankreich seine Stahlerzeugung von 6,7 Millionen Tonnen im Jahre 1936 auf heute 13,4 Millionen Tonnen gesteigert.

Da diese Mehrproduktion nie im eigenen Land abgesetzt werden kann, hat sich Frankreich durch den Schumanplan in dem süddeutschen Markt ein wirksames Absatzventil geschaffen (die französischen Lieferungen von Stahl-Walzwerkserzeugnissen nach Deutschland stiegen von 70.057 Tonnen im Jahre 1951 auf 798.966 Tonnen im Jahre 1954, die Lieferungen Belgiens von 2.786 Tonnen auf 241.808 Tonnen).

Auf der Passivseite der deutschen Rechnung steht insbesondere die Tatsache, daß die Bundesrepublik nicht nur fast die Hälfte aller Umlagezahlungen an die Luxemburger Montankasse leistet, sondern darüber hinaus auch noch fast allein die Ausgleichsabgaben für die Betriebsstillegungen in Belgien zahlen muß. In der Finanzabteilung der Hohen Behörde wird die bisherige Leistung der Bundesrepublik mit insgesamt 200 Millionen Mark angegeben.

Es heißt, Westdeutschland sei nun einmal der größte Produzent unter den Partnerstaaten und müsse auch am meisten zahlen.

Auf der Zeche Rheinpreussen dagegen meint Dr. Kost: "Die Umlage ist so hoch, daß man in Luxemburg daraus einen Fonds von 420 Millionen Mark ansammeln will. Das ist, glaube ich, ein Geld, das man lieber den Werken lassen sollte."

Auch nach einer inzwischen vereinbarten Senkung der Umlagesätze fordert die westdeutsche

Kohlenwirtschaft weitere Beitragsermäßigung; denn es wird an der Ruhr unwillig vermerkt, daß westdeutsche Zechengesellschaften bisher ihren Aktionären kaum Dividenden zahlen konnten, in Belgien aber Dividenden von fünf, sechs und sieben Prozent ausgeschüttet werden. Die Sanierung der unrentablen belgischen Zechen geht mithin nicht zu Lasten der rentablen Zechengesellschaften Belgiens, sondern zu Lasten der deutschen Kohlenindustrie.

Seit einigen Jahren ist andererseits auch die französische Koks-Erzeugung aus deutscher Kohle kräftig angestiegen. Die direkten Kokslieferungen von der Ruhr nach Frankreich gingen 1954 gegenüber dem Vorjahr um eine halbe Million Tonnen zurück. Das bedeutet, daß Frankreich den unbehinderten Zugang zur deutschen Kohle dazu benutzt, möglichst viel Kohle als reinen Rohstoff einzuführen und sie im eigenen Lande zu verkoken. An der Ruhr hat man dafür eine recht einfache Erklärung: An der Verkokung läßt sich durch das dabei anfallende Gas und andere Nebenprodukte mehr verdienen als am Verkauf der Kohle.

Auch die Deutsche Bundesbahn hat durch den Eintritt der Bundesrepublik in die Montanunion schwere Verluste erlitten. Allein 17 Millionen Mark Einnahmen gehen durch die obligatorische Anwendung des Kohleausnahmetarifs 6 B 1, der früher nur zugunsten Deutschlands galt, pro Jahr verloren. Rund 36 Millionen Mark Frachtausfall bringen außerdem die seit dem 1. Mai geltenden direkten internationalen Tarife. Ein entsprechender Ausgleich, etwa durch den Bezug von Minetteerzen aus Lothringen, tritt für die deutsche Wirtschaft nicht ein, weil die Stahlwerke der Ruhr weitgehend auf schwedische Erze eingestellt sind.

Dr. Gerhard Schroeder, Vorsitzender der westdeutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, erklärt dazu: "Alle bisherigen Wettbewerbsverschiebungen haben sich, soweit wir dies zu übersehen vermögen, zugunsten unserer westlichen Nachbarn ausgewirkt. Ich nenne insbesondere die Zölle, Frachtangleichungen, Beseitigung der Doppelpreise, Öffnung des süddeutschen Marktes für westeuropäische Lieferanten, erhöhter Bezug deutscher Kohle, Übergangshilfen und sonstige Vergünstigungen.

"Alle diese Verschiebungen haben wir in Zeiten der Flaute ungern gesehen und nur schwer, aber trotzdem neidlos getragen, weil sie im Montanunions-Vertrag vorgesehen waren. Aus dieser großzügigen Einstellung kann aber nicht gefolgert werden, daß nun unablässig neue Wettbewerbsverschiebungen zugunsten anderer ausländischer Werke stattzufinden hätten und daß diese Forderungen sogar so weit gehen, daß ihre freudige Erfüllung von unserer Seite als Gradmesser unserer europäischen Gesinnung hingestellt wird."

Diese Stellungnahme der deutschen Stahlindustrie, die Dr. Schroeder am 24. Mai in Gegenwart Franz Etzels in Düsseldorf abgab, war bereits die Antwort auf Erklärungen, die europabegeisterte Montan-Parlamentarier während der Jahrestagung ihrer Gemeinsamen Versammlung abgegeben hatten. Von dieser Tagung im Straßburger Europahaus berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", es sei geradezu bedrückend gewesen, anzusehen, mit welcher unkritischer Begeisterung viele Abgeordnete das System der Montanunion als Allheilmittel und Vorbild für den Bau Europas gepriesen hätten.

Die Montan-Abgeordneten, von denen sich ein großer Teil aus Mitgliedern des Europa-Rats rekrutiert, vertraten in ihrer ersten Tagung nach dem Zusammenbruch der EVG-Konzeption die Meinung, es müsse unbedingt wieder etwas für den europäischen Gedanken getan werden. Der deutsche Vizepräsident des Parlaments, Hermann Pünder, versuchte, die europäische Fahne mit einer flammenden Ansprache wiederaufzurichten. Er mahnte, bei einem Rückfall in nationalstaatliches Denken könne sich die auf Kohle und Stahl beschränkte Montanunion als einzige supranationale Organisation Europas nicht halten. Nicht müdes Zurückweichen sei deshalb das Gebot der Stunde, sondern eine Flucht nach vorn.

Nach diesem Motto forderte das Montanparlament die sechs Regierungen auf, als weitere Sachgebiete die Energiewirtschaft, den Verkehr und die Atomkraft unter die supranationale Gewalt der Luxemburger Behörde zu stellen. Franz Etzel meinte, das sei ein zwar nur kleiner,

aber durchaus logischer Schritt und befürwortete eine entsprechende Änderung des Schumanplan-Vertrages. Der noch amtierende Präsident Jean Monnet erklärte sich sogar bereit, auf seinem Posten zu bleiben, wenn die Teilintegration auf diese Weise vorangetrieben werde.

Inzwischen nämlich hatte es sich Jean Monnet mit seinem Rücktritt wieder anders überlegt. Sein Gegner Mendès-France war in Paris gestürzt worden, und außer dem Appell des Montan-Parlaments in Straßburg lag bereits ein weiterer Integrationsvorschlag der Holländer vor, für deren kohleabhängige Exportindustrie und überproduzierende Gemüsebauern ein Vereinigtes Europa geradezu eine Lebensversicherung werden könnte.

Monnet schickte wieder einen Brief nach Paris. Dieses Mal an den neuen Ministerpräsidenten Edgar Faure, in das Pariser Hotel Matignon. Er bot jetzt seine Dienste wieder an:

"Angesichts des Auftriebs, den die europäische Politik der Regierungen erfahren hat, würde man es nicht verstehen, wenn ich mich nicht erneut bereit erklärte, unmittelbar an der Weiterentwicklung des unternommenen Werkes teilzunehmen."

Die Vertreter der für die weitere Integration auserwählten Branchen Energie, Transport und Verkehr aber erhoben in der Bundesrepublik ihre Stimme. Denn so überzeugend hatte die Montanunion auf dem Gebiet von Kohle und Stahl noch nicht funktioniert, daß nun etwa andere Industriezweige voller Ungeduld darauf warteten, auch in das Reich Monnets einverleibt zu werden. Auf dem für die Öffentlichkeit entscheidenden Wertmesser, nämlich auf dem Gebiet des Preisniveaus, hatte sich nach zweieinhalb Jahren gemeinsamen Marktes noch nichts gerührt.

Die Verbraucherpreise waren nicht gesunken, sondern im Gegenteil leicht angestiegen. Automobilfabriken, wie das Wolfsburger Volkswagenwerk, kaufen ihre Stahlbleche trotz der enormen Transportkosten heute noch immer in den USA billiger ein als auf dem gemeinsamen Markt.

Generaldirektor Kost erklärte öffentlich, der Luxemburger Appetit wachse offenbar beim Essen. Der deutsche Kohlenpräsident bestärkte den Widerstand der integrationsbedrohten Branchen: "Die Auflösung der Montanunion kann aus politischen Rücksichten nicht gefordert werden. Gegen die Ausweitung der Zuständigkeit dieser Einrichtung aber muß man sich wie ein Mann erheben."

Das taten die Betroffenen auch. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke warnte in einer Eingabe an Dr. Adenauer, die Einbeziehung von Strom und Gas in die Montanunion könne sich nur hemmend auswirken, weil in der Energiewirtschaft die Integration bereits durch freiwillige Vereinbarungen sehr weit fortgeschritten sei.

Das Memorandum bittet den Kanzler, bei allen etwaigen politischen Vorteilen zu bedenken, daß zum Beispiel der Artikel 60 des Vertrages (Verbot unterschiedlicher Preise) Westdeutschland zum Export billiger Braunkohlenenergie nach Frankreich zwingen könne. Es sei nur zu verständlich, daß die Franzosen unter diesen Umständen den Stromlieferanten Deutschland jubelnd begrüßen würden, denn in Frankreich liegen die Strompreise besonders für Abnehmer der chemischen und metallurgischen Industrie weit über den deutschen.

Deutschlands Ölindustrielle äußerten sofort den Verdacht, Frankreich wolle sich durch die vorgeschlagene neue Teilintegration einen sicheren Absatzmarkt für die in seinen Raffinerien in besonders großen Mengen anfallenden Heizöle schaffen. Sie stellten die Frage, wie wohl die internationalen, besonders die amerikanischen Öltrusts auf die Zumutung reagieren würden, den wichtigen Absatzmarkt Europa einer Behörde zu unterstellen.

Generaldirektor Geyer von der Esso AG in Hamburg protestierte: "Mineralöl reist in Tausenden von Tankern über die Weltmeere und ist wohl der internationalste Stoff der modernen Wirtschaft. Seine Einbeziehung in die Montanunion würde nur eine Fessel sein. Ich glaube, daß beim Öl die Fülle der freien Unternehmer-Initiative besser ist als etwa die Erkenntnis eines Sachbearbeiters in Luxemburg."

Selbst die deutsche Chemie-Industrie, von deren Anschluß an Luxemburg noch gar nicht die Rede war, lehnte schon im voraus dankend ab, was den Vizepräsidenten Etzel zu dem Seufzer veranlaßte, die Wirtschaft fürchte sich eben immer, aus ihrem nationalen Schutz herauszukommen.

Die Abneigung gegen den Straßburger Kurs verstärkte sich in Deutschland noch, als während des Besuchs von Außenminister Pinay bei Bundeskanzler Adenauer im Mai die Franzosen ihren alten Wunsch nach dem Moselkanal erneut vorbrachten. Durch diesen Kanal würde die ostfranzösische Schwerindustrie ihre Frachtkosten für Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiet halbieren können. Der Deutschen Bundesbahn aber entstünde dadurch ein weiterer Einnahmeverlust von jährlich 70 Millionen Mark.

Auf der letzten Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Stuttgart bekräftigten alle Redner noch einmal ihre Vertragstreue zum Schumanplan. Ebenso deutlich wurde aber dem Prinzip der supranationalen Teilintegrationen eine Absage erteilt. Bundeswirtschaftsminister Erhard rührte an eines der Kernprobleme, als er sagte:

- "Wenn wir den Weg gehen würden, neben Kohle, Eisen und Stahl nun immer weitere Teilbereiche der Volkswirtschaft aus dem nationalen Verantwortungsbereich und damit aus der nationalen Konjunkturpolitik zu entlassen, dann kämen wir in einen Zustand, in dem die nationale Verantwortung nicht mehr getragen werden kann."

Professor Erhard will damit sagen, daß man von ihm nicht verlangen kann, die westdeutsche Wirtschaft und Währung als Ganzes in Ordnung zu halten, wenn er seine Wirtschaftspolitik nur auf eine immer kleiner werdende Anzahl Branchen anwenden kann, während über den anderen Teil der Wirtschaft irgendeine supranationale Behörde bestimmt. Abgesehen davon, müßte er in diesem Falle auch eine Abteilung seines Ministeriums nach der anderen schließen. Die erneuerte Kandidatur Jean Monnets, dessen Name mit dem Prinzip der supranationalen Teilintegration gleichzusetzen ist, stand nun am 25. Mai im französischen Ministerrat zur Debatte.

Ministerpräsident Edgar Faure verlas den Brief Monnets. Finanzminister Pflimlin, der immer noch auf die Verwirklichung seiner westeuropäischen Agrarunion hofft, stimmte für Monnet. Ebenso die Minister Schuman und Teitgen. Aber die gaullistischen Minister widersprachen heftig: man könne Monnet nach seiner spektakulären Demission nicht wieder einsetzen.

Als die Sitzung beendet war, stand Frankreichs neuer Kandidat für den Präsidentenposten in Luxemburg fest: René Mayer, ein Exponent der französischen Schwerindustrie und Vertrauter des Bankhauses Rothschild, das er in 27 französischen Kapitalgesellschaften vertrat.

Damit war die Abkehr von der Monnetschen Methode der Teilintegration und wahrscheinlich auch von der supranationalen Arbeitsweise besiegelt. Denn René Mayer hatte vierzehn Tage vor seiner Nominierung einem deutschen Auditorium offenbart, man könne seiner Meinung nach "nicht behaupten, daß das supranationale Prinzip für das Funktionieren eines gemeinsamen Marktes absolut unentbehrlich sei."

Weitere Teilintegrationen werden mittlerweile von der Mehrzahl der Schumanplan-Experten abgelehnt, und auch in Luxemburg setzt sich die Erkenntnis durch, daß ein reibungsloses Ineingreifen der Volkswirtschaften auf immer mehr Teilgebieten kaum gelingen kann, solange nicht Währungs-, Steuer- und Sozialpolitik der Nationalwirtschaften synchronisiert sind. Bei Teilintegrationen würden sich die Schwierigkeiten, die sich aus den Unterschieden der Wirtschafts- und Sozialsysteme ergeben, bei jeder neu einbezogenen Branche wiederholen.

Es ist unmöglich, zu echten gemeinsamen Kostengrundlagen zu kommen, wenn beispielsweise in dem einen Land der Sozialversicherungsanteil für die Arbeiter einer Fabrik vom Unternehmen gezahlt wird (sich also in der Preiskalkulation niederschlägt) und im anderen Lande vom Staat. Oder wenn ein Land sich hinter einem Devisen-Wechselkurs abschirmt, der den echten Kaufkraftverhältnissen nicht entspricht und dadurch das Hereinfließen tatsächlich bil-

ligerer Ware verhindert.

Bei Teilintegrationen wird zudem für die nationalen Regierungen immer die Versuchung groß sein, durch den Einsatz wirtschaftspolitischer Mittel, die der Verfügungsgewalt der Hohen Behörde entzogen sind, wie beispielsweise der Steuerpolitik, ihren konkurrenzbedrohten Industrien Sondervorteile zuzuschancen.

An Stelle der supranationalen Teilintegrationen à la Schumanplan befürwortet die Mehrzahl der europäischen Wirtschaftspolitiker jetzt eine globale Angleichung der wirtschaftspolitischen Grundsätze. Diese Grundsätze, über die sich die Regierungen verbindlich einigen müßten, sollen zu einer gegenseitigen Angleichung der Steuer-, Sozial- und vor allem der Währungspolitik und damit zu gesunden, austauschbaren Währungen mit echten Wechselkursen führen. Denn erst wenn die Währungen austauschbar (konvertierbar) sind, können die unbestrittenen Vorzüge der Arbeitsteilung auf einem gemeinsamen Markt voll wirksam werden.

Mit der Schwenkung von der supranationalen Politik auf eine enge Zusammenarbeit der weitgehend unter dem Einfluß ihrer Regierungen verbleibenden Nationalwirtschaften rückt auch der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), der nach dieser Methode den westeuropäischen Außenhandel bereits zu etwa 90 Prozent liberalisiert hat, wieder in den Vordergrund. Die OEEC und die Montanbehörde werden sich sehr bald zu Verhandlungen zusammensetzen.

Rechtsanwalt Franz Etzel, der noch vor kurzem in seinem Luxemburger Amtszimmer die Ansicht äußerte, die deutsche Wirtschaft würde heute noch in den alten Reglementierungen stecken, wenn Professor Erhard 1948 "erst noch dies und das" hätte machen sollen, ist wendig genug, von dem supranationalen Schnellzug in den Bummelzug nach Europa umzusteigen. Er sagt:

"Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß zu der Teilintegration von Kohle und Stahl weitere wesentliche Teilintegrationen - von Atomenergie abgesehen - nicht hinzugefügt werden sollen, sondern daß man von diesem gut gepflegten Versuchsfeld aus in fortschreitender Entwicklung geradeaus zur Vollintegration schreiten sollte. Das Ziel bleibt auch in diesem Fall das gleiche. Der Weg wird geändert und erweitert, die Integrationspolitik wird nicht aufgegeben, es wird vielmehr eine neue Etappe auf dem Weg zur Errichtung eines politisch und wirtschaftlich vereinigten Europas in Angriff genommen."

Im Rathaus der sizilianischen Hafenstadt Messina, wo sich Anfang Juni die Außenminister der Montanunion-Staaten trafen, standen das nach vorn drängende Prinzip der wirtschaftspolitischen Angleichung der Staaten Europas und die supranationale Teilintegration Jean Monnets noch einmal zur Debatte.

Als Außenminister Pinay den neuen Kandidaten Frankreichs, René Mayer, nannte, erhob der für die Bundesrepublik erschienene Staatssekretär Hallstein Einspruch. Er hatte an den inoffiziellen Gesprächen, in denen sich die Außenminister bereits vorher auf René Mayer geeinigt hatten, nicht teilnehmen können (die deutsche Delegation hatte eine Spritztour in die Umgebung unternommen). Walter Hallstein erklärte, er sei nicht autorisiert, der Nominierung Mayers zuzustimmen. Bundeskanzler Adenauer schlage vielmehr vor, daß Jean Monnet Präsident der Hohen Behörde in Luxemburg bleiben solle. An diesem Punkt der Debatte schickten die Delegationsführer ihre Mitarbeiter aus dem Saal. Hallstein meldete ein Staatsgespräch nach Deutschland an, und kurze Zeit darauf war die Wahl René Mayers perfekt.

Als die fünf Außenminister und der Staatssekretär zwei Tage später mit dem Fährschiff zwischen Scylla und Charybdis heimwärts reisten, trugen sie in ihren Aktenmappen ein wirtschaftspolitisches Konzept für die weitere Integration Westeuropas, das deutlich von der Methode der supranationalen Teilintegrationen abweicht und vorwiegend auf globale Angleichungsmaßnahmen zielt. Die Beschlüsse waren in einer zusätzlich anberaumten Konferenz um zwei Uhr nachts ausgehandelt worden, nachdem der französische Außenminister immer wieder abbremsend betont hatte, Frankreichs Wirtschaft sei für einen gemeinsamen europäi-

schen Markt noch nicht stark genug.

Das Schlußkommuniqué der Außenminister spricht von einer Untersuchungskommission aus Regierungsvertretern der sechs Montanunion-Länder, die bis zum 1. Oktober dieses Jahres einer großen europäischen Konferenz Einzelvorschläge unterbreiten soll. Erst dann wird sich mithin zeigen, ob die in Messina an Jean Monnet verabreichte bittere Pille für den von ihm ersehnten politischen Bundesstaat Europa ein Anregungs- oder ein Schlafmittel ist.<<